

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



S.3



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Schröders Mitte: Eine neue Mehrheit	3
Zum Abschneiden der PDS	5
Rußland: Nach dem Sturz	6

Auslandsberichterstattung

Italien: Was wird aus der Regierung und Rifondazione Comunista?	8
Belgien: Tod der Flüchtlingsfrau ..	9
Spanien: Waffenstillstand der ETA	9
Brasilien: Finanzkrise heizt wahlkampf auf	10
Menschenrechtsverletzungen durch palästinensische Autoritäten	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Rostock: Proteste im Zeichen des Schmetterlings	13
Passau: Proteste gegen DVU	13
Schleswig-Holstein: Recht- schreibreform gestoppt	14
Hannover: Nigerianische Flüchtlinge in Abschiebehaft	15
Antifa-Treffen in Mala Upa	16
Berlin: 5 Jahre Haft für Total- verweigerer	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
IG Metall Vertrauensleute Haldex: Festgeldforderung 340 DM	19
Metall Ost: Gute Geschäftslage, Ruhe an der Tariffront	19
Antwort vom IG Metall-Vorstand: Keine erfolgsorientierten Tarife ..	19
Projekt Daimler Chrysler: aggressive Strategie	20
Dienstleistungsgewerkschaft: Kein Interesse bei den ÖTV-Mitgliedern?	21
Streik bei	

Diskussion und Dokumentation

Veranstaltung zum 60. Jahrestag des Münchner Abkommens	22
Hamburger Signal: Aufstehen für eine ganz andere Kinder und Ju- gendpolitik	26

Letzte Seiten

Neoliberale Ökonomie: Krisen der „Hedge-Fonds“	27
Termine	28

IN BONN KATHOLISCHER MI-

LITÄRBISCHOF: Die grüne Abgeordnete Nickels kritisierte am 24.9. den Drang von Militärbischof Dyba und Minister Rühe nach Berlin: „Heute wollen Militärbischof Dyba und Verteidigungsminister Rühe den „feierlichen Baubeginn des Umbaus“ des Gebäudes für das Katholische Militärbischöfliche Kommando (KMBA) begehen. Das Motiv für die Hast ist klar: Wenige Tage vor der Bundestagswahl wollen Bischof Dyba und Minister Rühe vollendete Tatsachen schaffen. Beide wissen, daß sie mit dem Umzug gegen das Bonn-Berlin-Gesetz verstößen. Der Bundestag hat die Bundesregierung aufgefordert, das KMBA in Bonn zu belassen. Eine neue Bundesregierung könnte also die Umzugspläne zunichte machen. Erster Dienstsitz des Katholischen Militärbischöflichen Kommandos ist der Sitz der Verteidigungsministeriums. Und das ist und bleibt nach dem Bonn-Berlin-Gesetz Bonn. Als Ansprechpartner bleibt neben dem Verteidigungsministerium auch die Deutsche Bischofskonferenz in Bonn. Die Beschäftigten des KMBA sind gegen den Umzug. Darüber hinaus entstehen unnötige Kosten, denn rund 15 Millionen Mark an Steuergeldern für die Renovierung des feinen Gebäudes am Weidendamm läßt sich die Bundesregierung das Wahlgeschenk für die Kurie kosten. Erst vor fünf Jahren wurden 1,5 Millionen Mark zur Sanierung des Bonner Dienstgebäudes ausgegeben. Offenbar muß auch der ebenfalls nach Berlin drängende Verteidigungsminister Rühe daran erinnert werden, daß der Dienstsitz des Verteidigungsministeriums Bonn ist.“

DGB-PDS: Die PDS-Abgeordnete Christa Luft hat die Annäherung von DGB- und PDS-Positionen bei der Vermögenssteuer begrüßt. Zu den Äußerungen von Ursula Engelen-Kefer, verstärkt Vermögende zur Finanzierung des Aufbaus Ost heranzuziehen, erklärte sie: „Die Absicht des DGB, die neu gewählte Bundesregierung zu bewegen, verstärkt Vermögende zur Finanzierung des Aufbaus Ost heranzuziehen, kann nur begrüßt werden. Dazu soll nach Auffassung der stellv. DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer die private Vermögenssteuer wieder eingeführt werden. Weiterhin wird eine Sonderaufgabe auf besonders große Vermögen angestrebt. Dies sind Forderungen, die die PDS in der 13. Wahlperiode mehrfach in Anträgen in den Bundestag eingebracht hat. Sie stießen nicht nur auf die Ablehnung der Regierungskoalition, sondern wurden bekanntlich auch von der SPD zurückgewiesen. Die Forderung, einen derartigen Lastenausgleich mindestens solange durchzusetzen, bis im Osten ein sich selbst tragender Aufschwung in Gang gekommen ist, wird von der PDS unterstützt.“

CONTRA DAIMLER/CHRYSLER: Der verkehrspolitische Sprecher der PDS im

Bundestag, Winfried Wolf, hat als „kritischer Aktionär“ auf der Hauptversammlung von Daimler Benz gegen die Fusion mit Chrysler votiert (s.a. Seite 20). In einer Erklärung begründete er seinen Widerspruch: „Das Projekt Daimler/Chrysler kann aus unterschiedlichen Blickwinkeln kritisiert werden: aus Umweltgründen, aus moralischen Gründen (noch höhere Spitzengehälter), mit Blick auf Belegschaftsinteressen (Rationalisierungen) und wegen der Größe des Konzerns (Unkontrollierbarkeit). Ich fordere die Hauptversammlung jedoch noch aus einem sehr spezifischen Grund auf, auf die Fusion zu verzichten – als Tribut an die Geschichte von Daimler Benz im Dritten Reich und vor dem Hintergrund der Forderungen zur Entschädigung für Zwangsarbeit: Das Projekt Daimler/Chrysler ist in Wirklichkeit, so die New York Times, „eine schlichte Übernahme“. Sie wird mittelfristig im Ausland Erinnerung an die Expansion von Daimler im Dritten Reich wecken. Nach der Übernahme von Chrysler durch Daimler steht als nächstes die Bildung eines europäischen Luftfahrt- und Rüstungskonzerns unter maßgeblichem Einfluß von Daimler-Dasa an. Damit wird erst recht auf furchtbare Weise die eigene Firmengeschichte zitiert. All dies erfolgt zu einem Zeitpunkt, wo die Forderungen überlebender Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter mit großer Aussicht auf Erfolg vorgetragen werden. Erinnert sei daran, daß bei Daimler im 2. Weltkrieg zehntausende Menschen Zwangsarbeit leisten mußten und daß dies auf Wunsch der Unternehmensleitung erfolgte.“

CSU-STUDIE: Der grüne Abgeordnete Özdemir hat eine CSU-Studie, nach der eine demokratische Reform des Staatsbürgerschaftsrechts eine Mehrheit von Union und FDP untergraben würde, scharf kritisiert. „Die Befürchtungen der CSU, die Reform des Staatsangehörigkeitsrecht würde Mehrheiten für rot-grün zementieren, sind erhellend. Nun wird deutlich, mit welchen Motivationen sich die christsozialen Reformgegner jeglichen Bestrebungen verweigern, Menschen, die seit Jahren hier leben und arbeiten, auch zu BürgerInnen erster Klasse zu machen. Es geht um puren Machtbehalt, dem man auch demokratische Grundprinzipien opfert. Statt um die neuen BürgerInnen zu werben, versucht die CSU, ihnen die staatsbürgerlichen Pforten zuzuschlagen. Den Reformbefürwortern nun selbst „Wählerbeschaffung“ zu unterstellen, ist lächerlich – erst recht, wenn man sich erinnert, wie die Unionsparteien jahrelang um die Stimmen von AussiedlerInnen geworben haben.“

WAS KOMMT DEMNÄCHST?

Nach den Bundestagswahlen bleiben Bundestag und amtierende Regierung zuerst einmal im Amt. Mit dem Zusammentreten des neuen Parlaments wird in der zweiten Oktoberhälfte gerechnet.

Eine neue Mehrheit

Das Wahlergebnis bildet die öffentliche Meinung in der BRD neu ab, und die neue Abbildung kann eine neue Realität schaffen. Glaubwürdig sagt Schröder, er habe mit einem so großen Erfolg nicht gerechnet. Die SPD hat mit der Notwendigkeit nicht gerechnet, Politik formulieren zu müssen für eine rot-grüne Mehrheit, die von der PDS flankiert wird und schließlich noch eine satte Mehrheit im Bundesrat hat. Man kann auch in Honig ertrinken.

Politische Mehrheiten satt und dick, aber die wirtschaftliche Macht liegt bei den großen internationalen und deutschen Konzernen. Die SPD hat nicht angekündigt, an dieser Machtverteilung irgendwas ändern zu wollen, die Grünen genauso nicht. Beide Parteien sind darauf angewiesen, die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler auf einem Umweg zu bedienen, mit den Brocken, die vom Tisch der Profiteure fallen. Werden die aber damit zufrieden sein? Eher nicht. Nachdem eine ganze Zeit das Interesse an Akkumulation von Eigentum und Vermögen die politischen Motive immer stärker beeinflußte, deutet die neue Mehrheit auf verstärkte Orientierung am Arbeitseinkommen hin. (Arbeitseinkommen in diesem Sinne wäre jedes Entgelt einer Tätigkeit im Unterschied zu Einkommen aus bloßem Vermögen).

Zweierlei bot Anlaß für eine solche Verschiebung.

Im Osten: Das Aufbaukonzept Ost der CDU ist gescheitert. Die aus öffentlichen Mitteln geförderte Privatisierung hat eine quasikoloniale Situation geschaffen, in der die Nutznießer der Lage wissen was sie tun, und immer mit einem Fuße auf dem Fluchtweg stehen, dem Geld folgend, das sie weislich weggeschafft haben. Entwicklung kann wahrscheinlich nur noch in dem Maße zustande kommen, in dem die Öffentlichkeit, die Kommunen, die Länder wirtschaftlich tätig werden, bzw. Bildung und Erhalt von genossenschaftlichem Eigentum öffentlich gefördert wird.

Da im Osten eine Problemlösung nach dem Muster „Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt“ nicht möglich sein dürfte, hat dort die PDS, die für gesellschaftlich verantwortetes Wirtschaften eintritt, ihren Schwerpunkt. Und auch die massierten Verluste der Union sprechen dafür. Eine Regierung Schröder/Fischer verfügt aber nicht über irgendein Konzept zur Förderung eines öffentlich/genossenschaftlichen Wirtschaftssektors, würde sie es entwickeln, geriete sie höchstwahrscheinlich in Zielkonflikte mit der Konzernwirtschaft.

SPD und Grüne im ZDF, Montag, 28.9.1998



Schröder will zügige Verhandlungen

Der künftige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat zügige Koalitionsverhandlungen mit den Bündnisgrünen zugesagt. Er wolle bei den Verhandlungen „in jedem Fall im Oktober“ zu einem Abschluß kommen, sagte er am Montag.

Er erklärte außerdem, er könne sich durchaus vorstellen, im Bedarfsfall auf den außenpolitischen Rat des scheidenden Bundeskanzlers Helmut Kohl (CDU) zurückzugreifen. „Falls er bereit ist, steh ich nicht an zu sagen: Wir beurteilen Sie die eine oder andere, insbesondere außenpolitische Frage. Aber weder wird er das wollen, noch ist vorgesehen, ihm etwa einen offiziellen Beraterstatus zu geben. Das wäre auch seine Sache nicht“, sagte Schröder.

Am Montagabend hatte Gerhard Schröder gesagt, es gebe keine Alternative zu den Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen. Die anderen in Frage kommenden Parteien CDU/CSU und FDP verweigerten sich von vornherein Verhandlungen über eine Koalition. Eine Mehrheit mit 21 Stimmen im Bundestag seien die Voraussetzung für eine solide rot-grüne Mehrheit.

Bereits am Freitag wollen SPD und Grüne Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung aufnehmen. Schröder hatte vor der Presse angedeutet, daß er in diesen Gesprächen keine unüberbrückbare Schwierigkeiten sehe. Als Bedingungen nannte er die Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität und der inneren Sicherheit sowie Kontinuität in der Außenpolitik.



Grüne Punkte für SPD-Gespräche

Die Bündnisgrünen haben am Dienstag Kernpunkte für die am Freitag beginnenden Koalitionsverhandlungen mit der SPD genannt. Wichtigster Punkt sei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sagte Bundesgeschäftsführerin Heide Rühle.

Die Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion in Bonn, Kerstin Müller, nannte im Deutschlandfunk als weiteren Punkt einen raschen Ausstieg aus der Atomenergie. Der bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Christian Ströbele kündigte an, seine Partei werde mit der Forderung in die Verhandlungen gehen, die Magnetschweebahn Transrapid nicht zu bauen ...

DREI MINISTERIEN GEFORDERT
Bei den Koalitionsverhandlungen wol-

len sich die Grünen auch für ein Bündnis für Arbeit, eine ökologische Steuerreform und Änderungen beim Staatsbürgerschaftsrecht einsetzen. Der stellvertretende Ministerpräsident und Bau- minister von Nordrhein-Westfalen, Michael Vesper von den Grünen, zeigte sich sicher, daß es „mindestens drei Ministerien für die Grünen“ geben wird.

Interview des ZDF mit Gerhard Schröder

„Ich setze auf die Gesprächsbereitschaft und keiner sollte dem anderen vorher Vorbedingungen stellen“, sagte der SPD-Politiker am Montagabend im ZDF. Sonst könnte der Verdacht entstehen, erpreßbar zu sein. „Wir sind das nicht“, versicherte Schröder. Er warnte vor „Scheingefechten“ bei diesem Thema und wies darauf hin, daß sich die wichtigen Unternehmen in Deutschland längst mit den Gewerkschaften auf 100 Prozent Lohnfortzahlung geeinigt hätten. • Schröder sicherte Kontinuität in der Außenpolitik zu und sagte: „Auf dem Boden von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates wird es, wenn die Staatengemeinschaft das für richtig hält – und wir werden uns an der Debatte beteiligen – auch zu den notwendigen Interventionen kommen.“ In diesem Punkt gebe es wenig Unterschiede in der Politik der beiden großen Parteien – „in diesem Fall die Mehrheit der Grünen sogar eingeschlossen“.

SCHRÖDER FÜR PRÄZISE FESTLEGUNGEN: Auf die Frage, ob der Grünen-Fraktionssprecher Joschka Fischer in seinem Kabinett Außenminister werde, sagte Schröder, Fischer sei ein intelligenter Politiker, der sehr viel Rationalität in die Politik der Grünen gebracht habe. „Bei Koalitionen gilt dann, daß jeder den Posten, den er bekommt – gewaltig viele werden es angesichts der Größe ja nicht sein – mit den Leuten besetzt, die er für richtig hält.“

Schröder unterstrich erneut die Bedeutung eines präzisen Programms, das in Koalitionsverhandlungen ausgearbeitet werden müsse. Dies solle für vier Jahre unverändert gelten und dürfe in dieser Zeit auch nicht von Parteitagen in Frage gestellt werden. „Es gibt sicher die meisten bei den Grünen, die dazu bereit sind“, erklärte der künftige Kanzler. Mit 21 Stimmen Mehrheit werde eine disziplinierte SPD Regierungsalltag sicherstellen.

Fischer: auf Vorschläge gespannt

Grünen-Fraktionssprecher Fischer erklärte in derselben Sendung, an erster Stelle einer rot-grünen Regierungspolitik müsse das Ziel stehen, eine Trendwende im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Schröder wisse genau, daß dies bei Bündnis 90/Die Grünen oberste Priorität habe. Ein weiteres wichtiges Thema sei eine ökologische Steuerreform.



	Wahlbeteiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	Pro DM	DVU	Rep	ÖDP
Bayern	79,3 76,9	47,7 51,2	34,4 29,6	5,1 6,4	5,9 6,3	0,7 0,5	0,5 -	0,6 -	2,6 2,8	0,7 1,2
B.-Württemberg	83,1 79,7	37,8 43,3	35,6 30,7	8,8 9,9	9,2 9,6	1,0 0,8	0,7 -	0,6 -	4,0 3,1	0,4 0,7
Rheinland-Pfalz	83,9 82,3	39,1 43,8	41,3 39,1	7,1 6,9	6,1 6,2	1,0 0,6	0,7 -	0,7 -	2,1 1,9	0,2 0,4
Saarland	84,8 83,5	31,8 37,2	52,4 48,8	4,7 4,3	5,5 5,8	1,0 0,7	0,5 -	0,9 -	1,2 1,6	0,1 0,2
Hessen	84,2 82,3	34,7 40,7	41,6 37,2	7,8 8,1	8,2 9,3	1,5 1,1	0,6 -	1,0 -	2,3 2,4	0,1 0,2
Thüringen	82,3 74,9	28,9 41,0	34,5 30,2	3,4 4,1	3,9 4,9	21,2 17,2	2,0 -	2,9 -	1,6 1,4	0,2 0,2
Sachsen-Anhalt	77,2 70,4	27,2 38,8	38,1 33,4	4,1 4,1	3,3 3,6	20,7 18,0	1,9 -	3,2 -	0,6 1,0	- 0,1
Sachsen	81,6 72,0	32,7 48,0	29,1 24,3	3,6 3,8	4,4 4,8	20,0 16,7	2,7 -	2,6 -	1,9 1,4	0,1 0,2
Nordrh.-Westf.	83,9 81,9	33,8 38,0	46,9 43,1	7,3 7,6	6,9 7,4	1,2 1,0	0,5 -	0,9 -	1,0 1,3	0,1 0,1
Niedersachsen	84,0 81,8	34,1 41,3	49,4 40,6	6,4 7,7	5,9 7,1	1,0 1,0	0,6 -	0,6 -	0,9 1,2	0,1 0,1
Bremen	82,0 78,5	25,4 30,2	50,2 45,5	5,9 7,2	11,2 11,1	2,4 2,7	0,9 -	1,6 -	0,6 1,7	- 0,1
Hamburg	81,1 79,7	30,0 34,9	45,8 39,7	6,4 7,2	10,7 12,6	2,3 2,2	0,3 -	2,1 -	0,6 1,7	- 0,2
Schleswig-Holst.	82,7 80,9	35,7 41,5	45,4 39,6	7,6 7,4	6,5 8,3	1,5 1,1	0,8 -	1,3 -	0,4 1,0	0,1 0,2
Meckl.-Vorpomm.	80,3 72,8	29,3 38,5	35,4 28,8	2,2 3,4	2,9 3,6	23,6 23,6	1,5 -	2,7 -	0,6 1,2	0,1 0,1
Brandenburg	78,2 71,5	20,8 28,1	43,5 45,1	2,8 2,6	3,6 2,9	20,3 19,3	2,1 -	2,7 -	1,7 1,1	0,1 0,1
Berlin	81,1 78,6	23,7 31,4	37,8 34,0	4,9 5,2	11,3 10,2	13,5 14,8	0,8 -	2,1 -	2,4 1,9	0,1 0,2
Gesamt	82,3 79,0	35,2 41,5	40,9 36,4	6,2 6,9	6,6 7,3	5,1 4,4	0,9 -	1,2 -	1,8 1,9	0,3 0,4

Quelle: Augsb. Allg.

Die weiteren Parteien: Solidarität 0,0 (0,0) (-) – Christliche Mitte 0,0 (0,1) – Die Grauen 0,3 (0,3) – Naturgesetz-Partei 0,1 (0,1) – MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei) 0,0 (0,0) – Tierschutzpartei 0,3 (0,3) – PBC (Partei bibcltrcuer Christen) 0,1 (0,1) – BP (Bayernpartei 0,1 (0,1) – HP (Humanistische Partei) 0,0 (-) – APPD (Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands) 0,1 (-) – NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) 0,3 (-) – PASS (Partei für Arbeit und Soziale Sicherheit) 0,0 (0,0) – Ab jetzt... (Bündnis für Deutschland) 0,0 (-) – BFB (Bund freier Bürger, Die Freiheitlichen) 0,2 (-) – DPD (Demokratische Partei Deutschlands) 0,0 (-) – PSG (Partei für Soziale Gerechtigkeit) 0,0 (-) – Chance 2000 0,1 (-) – Die Frauen (Feministische Partei) 0,1 (-) – Partei der Nichtwähler 0,0 (-) – Familie (Familien-Partei Deutschlands) 0,1 (-) – Ab 2000 (Partei der Alternativen Bürgerbewegung 2000 Deutschland) 0,0 (-) – Neues Forum 0,0 (-) – APD (Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei) 0,0 (0,0).

Im Westen: Zwar ging in den letzten Jahren die Vermögensbildung der „Beserverdienden“ rasch voran, aber ein Vermögen, das eine Revenue in Höhe eines Mittelklasseeinkommens abwirft, baut sich nicht schnell, z.B. nicht im Laufe einer Generation, auf. Die Verklärung der Leute, die es trotzdem schafften, im Großen Bill Gates, im Kleinen Stollmann, unterstreicht die absolute Ausnahmeherscheinung. Und jetzt noch Japan, der Dow-Jones und der Dax ... – Da geht doch nichts über eine solide berufliche Position! Und dazu gehört unbe-

dingt, daß die Dreistigkeit, mit der Leistung abgefordert wird, gedämpft werden muß. Hier bietet die SPD allerhand, z.B. die Rücknahme der Bestrafung von Krankheit durch Einkommensverlust und vieles andere mehr. Ob das Hauptinteresse der Wählerinnen und Wähler aus der „neuen Mitte“, ob der Wunsch nach verstärkter Nachfrage „qualifizierter“ Arbeit befriedigt werden kann? Es wird angeboten, unruhige Elemente in allerhand Kulturprogrammen unterzubringen. („Wir wollen, daß die deutsche und europäische Filmindustrie den Wettber-

werb mit Hollywood bestehen kann“, Startprogramm, Schröder). Wenn jedoch der Konkurrenzdruck in diesem gesellschaftlichen Segment nicht wirksam gemildert werden kann, kommt der nächste Umschwung bestimmt, denn für die Realität des „Rauf-oder-raus“ steht die passende ideologische und politische Behausung bereits da – Stoibers vergoldetes Laufrad.

Die „jungen Tiger“ (andere Vergleiche bieten sich an), die nach den Rücktritten die Union repräsentieren wollen, rechnen mit einem rot-grünen Scheitern entwe-

Zum Abschneiden der PDS

Der große Erfolg für die PDS bietet der Partei die Gelegenheit, ihre nach wie vor problematische Situation einigermaßen angstfrei zu diskutieren.

Der Einzug in Fraktionsstärke ist mit der erfolgreichen Verteidigung von Mandaten im Westen verbunden. Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern konnten ihr je ein Mandat verteidigen, die NRW-Landesliste konnte sogar ein zweites Mandat erkämpfen. Also sechs Mandate in Westländern statt vorher fünf. Die Stimmanteile, die dabei in einzelnen Städten erreicht wurden, bieten hier und da Chancen bei anstehenden Kommunalwahlen (jedenfalls dort, wo Verhältniswahlrecht gilt). In NRW, Baden-Württemberg und Bayern konnten die Mandate durch die Genossinnen und Genossen verteidigt werden, die das Amt bereits vor vier Jahren inne hatten. Die Wahl '98 bedeutet für die Linke im Westen einen sehr wichtigen Konsolidierungsschritt.

Allerdings werden vor allem in Großstädten mit starkem grün-alternativen Milieu auch Probleme deutlich. Ein typisches Verlaufsmodell aus München-Mitte (siehe Tabelle):

Zwischen CSU/FDP und SPD/Grünen lässt sich wildes Splitting vermuten, die PDS aber verliert in der Bilanz Zweitstimmen und kann, obwohl die Asta-Vorsitzende Jule Gilles für die PDS kandidierte, in der Bilanz auch kaum Erststimmen gewinnen.

Dazu folgende Überlegung: Stimmen für die PDS haben aus Sicht des alternativen Milieus nur einen Sinn, wenn die Partei in allen wichtigen Positionen links von den Grünen steht. Diskussionen des Typs „wie national muß die Linke sein“ führen zu Repliken wie „PDS nach rechts nicht ganz dicht“ und machen für diesen Wählerkreis die Wahl der PDS sinnlos. Kräfte, die die Grünen nach rechts ziehen, gibt es aus ihrer Sicht schon genug.

Es wird sehr viel davon abhängen, ob die Menschen, die außerhalb der Parlamente, organisiert, in nichtstaatlichen

der schon der Koalitionsverhandlungen, spätestens aber beim Regieren. Die Rücktritt von Kohl und Waigel schaffen freie Bahn für einen Einstieg in eine große Koalition. Was würde zu einer Festigung der neuen Mehrheit führen?

Eine neue Aufbaukonzeption für den Osten, die nur zusammen mit der PDS entwickelt werden kann und soziale Gelegenheiten schafft, die politisch verteidigungswürdig sind.

Eine Änderung im Staatsbürgerschaftsrecht, zumal wenn sie entschieden und schnell angepackt wird, die Mehr-

Gewählt:		Mascher, Ulrike (SPD)		1994: SPD						
vor:		Wolf, Arlbert (CSU)								
		1998		1998		Veränderung gegenüber 1994				
		Anzahl	%	Anzahl	%-P.					
		Wahlberechtigte	154931	X	-5647	.				
Wähler/Wahlbeteiligung		119259	77,0	+2569	+4,3					
Erststimmen		Zweitstimmen								
Kreiswahlvorschlag		1998	1998	1994	Veränderung	1998	1998			
		Anzahl	%	%	Anzahl	%	%-P.			
CSU	42800	36,1	37,4	-497	-1,3	37988	32,0	34,3	-1933	-2,3
SPD	53506	45,2	40,8	+6264	+4,4	42749	36,0	34,2	+2960	+1,8
F.D.P.	4410	3,7	4,7	-1028	-1,0	8999	7,6	8,9	-1345	-1,3
GRÜNE	12859	10,9	12,1	-1126	-1,2	22185	18,7	16,1	+3454	+2,6
PDS	1422	1,2	1,2	+29	-0,0	1946	1,6	1,9	-253	-0,3
APPD	X	X	X	.	.	232	0,2	X	.	.
BP	X	X	X	.	.	361	0,3	0,5	-207	-0,2
BFB	X	X	X	.	.	427	0,4	X	.	.
BüSo	152	0,1	0,3	-155	-0,2	37	0,0	0,0	-12	-0,0
CHANCE	X	X	X	.	.	131	0,1	X	.	.
CM	X	X	X	.	.	39	0,0	0,0	-10	-0,0
DVU	X	X	X	.	.	671	0,6	X	.	.
GRAUE	X	X	X	.	.	305	0,3	0,4	-131	-0,1
REP	1743	1,5	2,2	-813	-0,7	1220	1,0	2,1	-1178	-1,1
DIE FRAUEN	193	0,2	X	.	.	89	0,1	X	.	.
Pro DM	X	X	X	.	.	306	0,3	X	.	.
MLPD	X	X	X	.	.	13	0,0	0,0	-11	-0,0
Tierschutz	X	X	X	.	.	376	0,3	0,4	-31	-0,1
NPD	X	X	X	.	.	65	0,1	X	.	.
NATURGESETZ	X	X	0,4	.	.	105	0,1	0,2	-101	-0,1
ödp	815	0,7	1,0	-355	-0,3	510	0,4	0,7	-311	-0,3
PBC	X	X	X	.	.	54	0,0	0,1	-17	-0,1
H.F.C. 2000	503	0,4	X	.	.	X	X	X	.	.
Sonstige 94	X	X	X	X	X	-	-	-	-	-
Stimmen:										
gültig	118403	100	100	+2532	X	118808	100	100	+2564	X
ungültig	856	0,7	0,7	+37	+0,0	451	0,4	0,4	+5	-0,0
abgegeben	119259	X	X	+2569	.	119259	X	X	+2569	.
-										
nichts vorhanden										
Zahlenwert nicht rechenbar										
Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll										

Organisationen, auch auch als einzelne für linke Positionen eintreten, ihre Kritik und ihre Auffassungen in der Arbeit auch der neuen Bundestaggruppe präsentiert sehen und in deren Abgeordneten aufgeschlossene Partnerinnen und Partner finden.

Ergebnisse im Szenewahlkreis München Mitte, die PDS konnte in Gesamt-München den Verlust ausgleichen.

Ausdrücklich und noch einmal muß klargestellt werden, daß die Partei überall die Erfahrung machen konnte, daß ihr umfangreiches Wahlprogramm ein gesuchtes Dokument war. Dies läßt ein intensives Interesse an inhaltlicher Ein- und Mitwirkung vermuten.

heiten im Westen der BRD demokratisch zurechtrückt.

Eine Angebot an die kurdische Bevölkerungsgruppe in der BRD, die Verbotspolitik zu revidieren, verbunden mit Einstellung der militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung des Krieges der TR gegen die Kurden. Schon die bloße Thematisierung dieser Frage würde auch zur Eröffnung der Diskussion über die bisherige deutsche Balkanpolitik und ihre schrecklichen Folgen führen.

Ein weiterer Punkt ist zweifellos die rasche Senkung des Eingangssteuersatzes und die Anhebung des Kindergeldes. Das sind Beispiele. Es gibt viele andere, aus allen leuchtet heraus, daß eine Regierung Schröder/Fischer relativ schnell neue Gegebenheiten, wie sie von ihren Wählerinnen und Wählern gewünscht werden, setzen muß, damit nicht ein massenhafter Abstrom ins rechte Lager, weg von Arbeitsorientierung, Kooperation, Solidarität hin zu Eigentumsorientierung, Konkurrenz, Repression einsetzt.

In der Union jedenfalls nimmt der Einfluß des Stoiber Flügels zu.

maf/alk

Nach dem Sturz

Von Boris Kagarlitzki

Der Rubel ging an einem Montagmorgen zu Boden. Das Wetter in Moskau war gut, nicht zu heiß und nicht zu kalt – eine Seltenheit in diesem Sommer. Tausende Einwohner der Hauptstadt hatten Zeit, durch die Stadt zu bummeln und den Sturz der nationalen Währung zu beobachten.

Am interessantesten war es, die Kioske mit den Wechselstellen abzuklappern. Zunächst fiel der Umtauschsatz von 6,20 Rubel für einen Dollar auf 6,50 Rubel. Mittags kostete das amerikanische Stück Papier mit dem Konferfei George Washingtons schon 7,50 Rubel und nach weiteren eineinhalb Stunden 8,50 Rubel. Nach 14 Uhr brauchte man 9 oder 9,50 Rubel, um einen Dollar zu bekommen. Um 15 Uhr war alles zu spät – den Banken war das Bargeld ausgegangen. Die Wechselstellen schlossen eine nach der anderen „aus technischen Gründen“. Da viele Unternehmen ihre Konten in Dollar führen, den Rubel aber für Bargeldtransaktionen nutzen, kamen alle kommerziellen Operationen zum Erliegen.

Aber nicht nur der Rubel brach zusammen. Die Pyramide der Staatsschulden Rußlands, die nach den gleichen Prinzipien funktioniert wie die privaten Pyramiden in Rußland und Albanien, war ebenfalls eingestürzt. Verwunderte Bänker mußten zur Kenntnis nehmen, daß die Regierung ihre Anleihen nicht auszahlen werde. Statt Geld versprach man ihnen neue Staatspapiere, die einen noch höheren Wert haben sollten. Die Rückzahlung privater Auslandsschulden russischer Unternehmen wurden für 90 Tage eingefroren. Unmittelbar darauf brach auch das russische Bankensystem zusammen. Hundertausende Menschen versuchten verzweifelt, ihr Geld abzuheben, worauf die Banken erklärten, sie hätten kein Bargeld mehr. Die SBS-Agro-Bank, wo die Präsidialadministration ihre Konten führt, war eine der ersten, in der das Licht ausging. Der Besitzer Smolenski verschwand, nachdem er von der Regierung für die Rettung der Bank einen Kredit von einer Million Dollar erhalten hatte.

Im Unterschied zu den Bankern zeigte die Mehrheit der Bevölkerung keine Anzeichen von Panik. Im Gegenteil, die meisten Passanten auf den Straßen verbargen nicht ihre Schadenfreude, wenn auf den Tafeln vor den Wechselstellen ein neuer Dollarpreis auftauchte. Im Unterschied zu früheren Finanzkrisen sind von dieser vor allem die Reichen betroffen. Die Menschen am unteren Ende der sozialen Leiter sind bereits so schwer gebeutelt, daß sie überhaupt kein Geld mehr in der Hand haben. Sie müssen das

Allernötigste oft eintauschen, weil zum Kaufen kein Geld vorhanden ist. Schließlich haben die meisten seit Monaten keinen Lohn mehr gesehen. Der Mittelstand hat sich längst aus dem Rubel verabschiedet und bewahrt seine Dollarsparnisse zu Hause in der Keksdose oder unter der Matrize auf. Im Vergleich zu 1992, als Sparguthaben, die man jahrzehntelang angesammelt hatte, über Nacht wertlos wurden, oder 1994, als die „Pyramiden“ zusammenbrachen und die Hoffnung des Mittelstandes unter sich begraben, haben wir heute eine völlig andere Situation. Heute schlägt die Finanzkrise vor allem gegen die Reichen. Wenn auch jeder weiß, daß die Wirkungen nicht angenehm sind, können sich die einfachen Leute ein Gefühl der Genugtuung nicht verkneifen, daß jetzt auch die Mercedesfahrer in Schwierigkeiten kommen.

In Rußland entwickelt sich eine Krise der Eliten

Bisher hatte diese Schicht weder Probleme mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft noch der Verarmung großer Teile der Bevölkerung oder dem Niedergang der Produktion. Wie schlecht es im Lande auch ging, ihre Ziele waren erreicht. Die reichsten Ressourcen waren aufgeteilt, die Forderungen der Finanzinstitutionen des Westens wurden befriedigt. Nun erweist es sich aber als unmöglich, auf diesem Wege weiterzugehen. Das Bankensystem gerät außer Kontrolle, was nur die Richtigkeit der marxistischen These bestätigt, daß der Zustand der Produktion den Zustand der Finanzen bestimmt und nicht umgekehrt. Von schlimmen Vorahnungen geplagt, raffen westliche Investoren ihr Geld zusammen und verlassen das Land. Jelzin reorganisiert hastig den Sicherheitsapparat, der mehr und mehr an den KGB der Sowjetzeit erinnert. Zeitungen berichten von neuen Aufgaben, die diese Beschützer der verfassungsmäßigen Ordnung erhalten haben – die Beobachtung von militärischen Arbeitern, Anhängern der Opposition usw. Einige dieser Organe spielen aus bestimmten Gründen mit besonderer Begeisterung die Rolle von Streikbrechern.

Am 16. September wurde Ministerpräsident Kirijenko entlassen und an seiner Stelle Viktor Tschernomyrdin wiederingesetzt. Zwar sollte der alte Boß die Märkte beruhigen, aber das Gegenteil trat ein. Der Rubel brach erneut zusammen. Unfähig, die Lage unter Kontrolle zu bringen, und unwillig, die Realität zu akzeptieren, schloß die Zentralbank kurzerhand den Devisenhandel.

Das Jelzin-Regime erlebt seine Agonie

Die größte Unterstützung erhält es noch von außen. Sie kommt von den G7 und vom IWF. Der Westen unterstützt ihn seit langem, hat ihm Geld gegeben und seine Wirtschaftspolitik diktiert. Aber wie die Dinge heute liegen, ist dies in Frage gestellt. Der IWF hat Rußland erst kürzlich einen neuen Kredit gewährt, um die Ab-

wertung noch zu verhindern. Und selbst nach dem Sturz des Rubels will der IWF offensichtlich auch weiter Geld anweisen. Er hat einfach keine andere Wahl.

Der herrschende globale Neoliberalismus und der russische Staatsbankrott

Die Direktoren des IWF stecken in der gleichen Falle wie die russische Regierung. Sie sind Geiseln früherer Beschlüsse, vor allem aber des Neoliberalismus.

In den 90er Jahren ist weltweit ein neoliberales Wirtschaftsmodell durchgesetzt worden. Heute spielen der IWF und die Weltbank global eine ähnliche Rolle, wie sie das ZK der KPdSU einst im „komunistischen Block“ inne hatte. Experten von IWF und Weltbank entscheiden, was mit der Kohleindustrie in Rußland zu geschehen hat, wie Unternehmen in Südkorea zu sanieren sind oder wie man Betriebe in Mexiko zu leiten hat. Was auch immer über den freien Markt geredet werden mag, in der Praxis hat es niemals zuvor eine derartige Zentralisierung gegeben.

Die neue Weltwirtschaftsordnung, die die Kritik von Marx und Keynes ignoriert und alles zerstört hat, was dem Einfluß ihrer Ideen im Wege steht, hat uns die Spielregeln des klassischen Kapitalismus zurückgebracht – mit allen Folgen, die sich daraus ergeben, wie Überproduktionskrisen, Finanzkatastrophen (die Kehrseite des „Sieges“ über die Inflation) und schließlich Revolutionen.

Heute hat der IWF die Wahrheit für sich gepachtet. Er wirkt gleichzeitig als ideologisches Zentrum und als Feuerwehr. Nur sind es in diesem Falle die Feuerwehrleute, die mit glimmenden Kippen im Wald herumwerfen. In den meisten Ländern, wo man erfolgreich neoliberale „Reformen“ durchgesetzt hat, sind ähnliche Probleme entstanden. Rußland ist kein Einzelfall, der Unterschied sind die Dimensionen und die Schärfe der Probleme. Das ist kein Zufall, denn bisher sind nirgends in der Welt monetaristische Programme solchen Umfangs mit derartigem Enthusiasmus realisiert worden. Das Ergebnis war: Staatsbankrott.

Der Neoliberalismus ist nicht für alle Probleme der Weltwirtschaft verantwortlich. Wir haben vom Sowjetsystem uneffektive Industrien geerbt. Aber das Problem liegt darin, daß man den Ländern, die sich in schweren Zeiten befinden, zusammen mit den Krediten ein Maßnahmepaket offeriert, das nicht nur ungeeignet ist, die realen Ursachen der Krise zu beseitigen, sondern das selbst neue Instabilität schafft. So festigen der IWF, die Weltbank und andere globale Finanzinstitutionen einerseits ihre Kontrolle über die Weltwirtschaft, sind aber andererseits gewungen, mit den Folgen ihrer eigenen Politik fertig zu werden. Wie die sowjetischen Institutionen der Breschnew-Zeit sind sie durch ihre „einzige richtige“ Ideologie an Händen und Füßen gefesselt, können sie die ihrer eigenen Struktur nicht überwinden.

So bleibt ihnen schließlich nichts weiter übrig, als den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und den Widerstand der harten Tatsachen zu unterdrücken. Rußland erhält wie vor ihm Mexiko Kredite, nicht, damit es seine Probleme löst, sondern im Gegenteil, damit es noch eine Weile durchhält, ohne diese Probleme zu lösen. Angesichts ihres eigenen Scheiterns ist unsere Regierung gezwungen, zuzugeben, daß die Krise „strukturellen Charakter“ trägt. Es ist aber nicht so sehr eine strukturelle, als vielmehr eine Systemkrise.

Die internationalen Finanzinstitute sind in Rußland keine passiven Zuschauer. Sie tragen die volle Verantwortung dafür, was in unserem Lande geschehen ist. Alle wichtigen Entscheidungen, die zur gegenwärtigen Krise geführt haben, sind mit ihnen abgestimmt worden. Auch die gegenwärtige Politik wird mit ihnen koordiniert. Deshalb werden sie ihr Möglichstes tun, um die gegenwärtige Konstellation aufrechtzuhalten.

Es kann unserem Nationalstolz schmeicheln, daß der IWF an Rußland mehr interessiert ist als an manchem afrikanischen Land, das unter seiner weisen Führung verarmt ist. Die russischen Patrioten sind fest davon überzeugt, daß der Westen uns absichtlich mit faulen Tricks hintergeht. „Westler“, die glauben, der Westen wolle Rußland helfen, gibt es in unserem Lande kaum noch. Unser Land nimmt inzwischen im Weltsystem einen besonderen Platz ein, und wirtschaftlicher Zusammenbruch hier wäre nur ein Vorgeschnack für weltweite Schocks. Das ist auch ein Ergebnis der Politik, die unter der Ägide des IWF durchgesetzt wurde. Dieser wollte Rußland mit seiner korrupten Regierung und seiner zügellosen Lumpenbourgeoisie um jeden Preis in sein Weltsystem eingliedern. Die internationalen Banken haben bekommen, was sie wollten.

„Unumkehrbarer“ Neoliberalismus?

Wie in der Breschnew-Zeit ist die Schlussfrage die „Unumkehrbarkeit“ dieser Vorgänge. Für die sowjetische Führung war es sehr wichtig zu demonstrieren, daß es keinem Land gestattet sei, aus dem Lager auszubrechen, daß keine Oppositionsbewegung erfolgreich sein konnte. Um diesen Grundsatz zu verteidigen, marschierte man sogar in Afghanistan ein. Wäre das nicht geschehen, hätte die

berüchtigte „Dominothorie“ in Aktion treten können.

Die Direktoren des IWF fürchten das gleiche. Ihnen ist vollkommen klar, daß die verarmten Länder Afrikas und die schwächeren Staaten Lateinamerikas der Vorherrschaft des IWF ohnehin nicht entfliehen können und daß die Situation in Osteuropa unter Kontrolle bleibt, solange die Völker dort daran glauben, eines Tages in das westeuropäische „Zentrum“ integriert zu werden. Aber in Rußland, Mexiko und Brasilien, die ein bestimmtes Potential für eine eigenständige Entwicklung haben und andere Länder mit sich ziehen könnten, ist es für den IWF schwieriger. Schließlich sind wir nicht nur eine billige Rohstoffquelle, sondern auch ein wichtiger Markt für Industrieerzeugnisse des „Zentrums“. Unsere Krise hat das Potential, andere Staaten

rend er behauptet, uns zu helfen. Daß er aufhört, die Agonie des Jelzin-Regimes künstlich zu verlängern. Das Geld, das zur Unterstützung Jelzins gesandt wurde, hätte besser eingesetzt werden können, um Jobs in Europa und Amerika zu schaffen, den ärmsten Ländern zu helfen oder Umweltprobleme zu lösen. Aber für derartige Ziele wird man von den internationalen Banken kein Geld bekommen.

Heute erkennen selbst neoliberale Ökonomen in Rußland an, daß nach dem Bankrott der russischen Bourgeoisie massive Nationalisierungen unvermeidlich sind und wir auch ohne das Anwerfen der Geldpresse nicht aus unserem finanziellen Dilemma herauskommen werden. Die Jelzin-Ära mit ihrer neoliberalen Wirtschaftsphilosophie geht zu Ende.

Die KP ist gespalten. Sie möchte sich an der Regierung beteiligen, hat aber wenig zu bieten. Radikale Ideen sind gefragt, um ein neues Modell des öffentlichen Sektors zu kreieren, der dynamisch, dezentralisiert und demokratisch sein muß. Regierung und Opposition spüren den Druck von links.

Manches wirkt wie eine Wiederholung der Februarrevolution von 1917. Nur sind gegenwärtig keine Bolschewiki in Sicht. Aber von denen war Anfang 1917 auch nicht viel zu sehen.

Jelzin hat die erstaunliche Gabe, sich unter schwierigsten Umständen an der Macht zu halten. Aber die Forderungen, die dem IWF mit der Rubelabwertung präsentiert werden könnten, sind nichts im Vergleich damit, welch Quittung die Bevölkerung Rußlands ihrer Regierung und oligarchischen Elite präsentieren wird. Die oben sind demoralisiert, und die unten verbittert. Bekanntlich hat Lenin so eine revolutionäre Situation beschrieben. Natürlich können die herrschenden Eliten noch die Kräfte der Unterdrückung einsetzen. Aber wir sollten uns eines Aphorismus aus der Zeit Napoleons erinnern: Mit Bayonetten kann man vieles machen, aber man kann nicht darauf sitzen. Zumindest nicht für lange Zeit. (31.8.1998)

Übersetzung aus dem Englischen: Helmut Ettinger. Zwischenüberschriften von der Redaktion. Aus Platzgründen gekürzt. Der Beitrag erscheint auch in der Zeitschrift „PDS International“, der Informationsschrift der AG Friedens- und Internationale Politik beim Parteivorstand der PDS. Wir danken der Redaktion von „PDS International“ für die Erlaubnis zum Abdruck.



Je mehr russische Banken in Konkurs gehen, um so aggressiver werden die Parolen: „Kein Geld? Dann töte den Bankdirektor“ steht an der Wand. Quelle: FAZ 18.8.98

zu destabilisieren. Daher die erstaunliche Beharrlichkeit, mit der IWF-Direktoren und G7-Führungskräfte die korrupten autoritären Regime in Rußland und Mexiko auch weiter unterstützen.

Noch vor einem Jahr war die westliche Presse voller Prophezeiungen künftiger Erfolge für Rußland. Mit der Rubelabwertung werden solche Methoden kollektiver Psychotherapie zeitweilig aus dem Verkehr gezogen werden. Die verfügbaren Finanzmittel werden schrumpfen und die Forderungen der Klienten des IWF nach Rettungskrediten steigen.

Die wachsenden Schwierigkeiten des IWF lösen bei einigen Russen Schadenfreude aus. Aber das macht die Sache für uns nicht leichter. Um aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszukommen, müssen wir unsere Position in der modernen Welt, unsere Möglichkeiten und unsere globale Verantwortung erkennen. Vor allem aber müssen wir lernen, endlich selbstständig Entscheidungen zu fällen. Selbst wenn diese schmerhaft sind.

Vom Westen wünschen wir uns gegenwärtig nur eines – daß er uns in Ruhe läßt. Daß er aufhört, uns eine Wirtschaftspolitik aufzudrängen, die uns ruiniert, wäh-



Italien: „Wende oder Bruch“?

Was wird aus Regierung und aus Rifondazione comunista?

Am Wochenende nach Erscheinen dieser Zeitschrift wird das Nationale Politische Komitee, das höchste Leitungsorgan von Rifondazione comunista, über die Haltung der Partei zum Finanzgesetz (Finanziaria) 1999 abstimmen. Damit wird auch über Fortbestand oder Bruch der italienischen Mitte-Links-Regierung entschieden und über die Zukunft von Rifondazione comunista selber.

In den vergangenen rund acht Wochen ist an der Parteispitze – zwischen dem Sekretär Fausto Bertinotti und dem Präsidenten Armando Cossutta und dann auf die Leitungsgremien ausstrahlend – ein Streit eskaliert, der inzwischen kaum noch reparabel erscheint. Beide Seiten sprechen von möglicher Spaltung der Partei.

Streitpunkt ist die Haltung zum Finanzgesetz, mit dem die Regierung politische Akzente für das nächste Jahr absteckt. Schon vor einem Jahr, bei der Finanziaria 1998, war die Auseinandersetzung zwischen Rifondazione und den anderen Beteiligten der Olivenbaumkoalition bis hart an den Rand des Bruchs gegangen. Der Bruch war schließlich nur durch die Perspektive der gesetzlichen 35-Stunden-Woche abgewendet worden. Die 35-Stunden-Entscheidung der Regierung Jospin in Frankreich hatte dabei Schützenhilfe geleistet. Aber schon damals war der Verhandlungskurs des Sekretärs Bertinotti umstritten.

In diesem Jahr hatte Rifondazione das Verhandlungsziel für die Finanziaria 1999 mit „Wende oder Bruch“ der Regierungskoalition festgelegt. Insbesondere beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für mehr Beschäftigung müsse die Mitte-Links-Regierung endlich Resultate erzielen. Weitere Forderungen betreffen das Wohnen, das Sozial- und Gesundheitssystem, die öffentlichen Schulen.

Seit August machten Bertinotti und Cossutta in einer Kette eskalierender Interviews deutlich, daß sie bei „Wende oder Bruch“ die Schwerpunkte unterschiedlich setzen. Bertinotti verwies darauf, daß die Regierung in den letzten zwei Jahren die Erwartungen ihrer Wähler, insbesondere in der Beschäftigungspolitik, nicht erfüllt habe, und daß jetzt das Finanzgesetz eine radikale Wende für die nächsten Jahre einleiten müsse – oder aber Rifondazione aus der Regierungskoalition aussteigt. Cossutta dagegen erklärte, die Regierung Prodi habe zwar wenig erreicht, aber auch dieses Wenige (z.B. Verhinderung von Rentenkürzungen, Perspektive der 35-Stunden-Woche) wäre ohne die entscheidende Rolle von Rifondazione nicht zustande gekommen. Ein Bruch der Koalition und Ausstieg von Rifondazione hätte nach seiner Auffassung fatale Folgen: Er würde entweder dem lauernden Cossiga – traditionell einiger der Rechtsaußen der Christdemokratie – den Weg zur Regierungsbeteiligung ebnen und damit die Regierung stark nach rechts verschieben. Oder er würde zu Neuwahlen führen, die absehbar die Linke in die Niederlage und die Rechte

wieder an die Regierung führen. Deshalb: Harte Verhandlungen für eine Wende, aber mit dem Ziel der Fortsetzung der jetzigen Koalition.

Am 25. Februar hat nun die Regierung ihren Gesetzentwurf einmütig verabschiedet, von Ministerpräsident Prodi dargestellt als „erstes Finanzgesetz ohne Einschnitte, bei dem man sich fragt, wem man gibt, und nicht, wem man nimmt“. Er könnte sich deshalb auch nicht vorstellen, wie Rifondazione Ablehnung und Bruch der Koalition begründen wolle. Damit spielt er auf einige Maßnahmen der Finanziaria an, die im Umfang aber eher bescheiden sind: z.B. eine gewisse Erhöhung der Mindestsozialrenten; stärkere Unterstützung für Familien beim dritten Kind; Steuererleichterungen für Mieter bzw. für das eigene, erste Haus; Rückgabe eines Teils der Eurosteuer.

Den Konflikt an der Spitze von Rifondazione hat dieser Gesetzentwurf nicht entschärft. Das Urteil war konträr. Bertinotti erklärte nach einer Sitzung des Vorstandssekretariats: „Nach dieser Zusammenkunft ist das negative Urteil über das Finanzgesetz nicht mehr veränderbar“. Dagegen Diliberto, der Vorsitzende der PRC-Fraktion in der Abgeordnetenkammer, in der Cossutta eine Mehrheit hat: Die Vorlage sei „annehmbar“, noch nicht die geforderte Wende, aber man näherte sich an.

Hinter dem Streit um das Finanzgesetz stecken auch strategische Differenzen. Die strittige Frage, ob und wie sich eine kommunistische Partei heute an einer Regierung beteiligen soll, wurde nach der Wahl 1996 so beantwortet: Teilnahme an der Regierungskoalition, aber kein Eintritt in die Regierung selber. Eine kleinere Parteiminderheit (aus trotzkistischen und anderen Strömungen) bekämpfte von Anfang an auch diese Festlegung. Die unterschiedlichen Vorstellungen werden jetzt schroff und ohne Bereitschaft zur Integration verschiedener Ansätze vertreten.

Dasselbe gilt für die unterschiedlichen Vorstellungen über den Charakter und die Rolle der Partei selber. Während die Bertinotti-Richtung eher auf außerparlamentarische Bewegungen und Ansätze für Bündnisse abzielt, orientiert sich die Cossutta-Richtung in der PCI-Tradition



Kontrahenten:
Fausto Bertinotti, Sekretär, und
Armando Cossutta, Präsident von Rifondazione comunista.
Bild oben: „Arbeit und Beschäftigung“,
Forderung vieler Kundgebungen an die Mitte-Links-Regierung.

stärker auf die traditionelle Arbeiterschaft und die Arbeit innerhalb der politischen Institutionen.

Rifondazione hat sich als Sammlung verschiedener politischer Richtungen gegründet. Die Auseinandersetzungen haben jetzt eine Form angenommen, die kaum noch Raum läßt für die jeweils anderen Vorstellungen. Dabei wird der Kampf an der Spitze und in Form von Interviews geführt und die Regionalsekretäre und andere Funktionäre als „Bertinottianer“ oder „Cossuttianer“ in Stellung gebracht. Eine demokratische Diskussion unter den mehr als 100.000 Mitgliedern über den weiteren Kurs gab es bislang nicht. Viele sorgen sich um die Existenz der Partei selber und die Möglichkeiten von weiterer Mitarbeit.

Inzwischen gibt es aber auch Bemühungen, das Auseinanderbrechen zu verhindern. Eine Gruppe von 26 CGIL-Gewerkschaftsfunktionären, darunter zahlreiche aus Gewerkschaftsvorständen, kritisiert den „elitären Charakter der politischen Leitung“. Sie wollen sich nicht in die beiden Richtungen einsortieren lassen. Sie fordern, daß der Kampf für eine politische Wende auf eine breitere soziale Basis, ausgehend von den Arbeitsstätten, gestellt wird, und nicht nur um Rifondazione kreist.

Ebenso haben in Mailand Funktionäre von Sektionen und örtlichen Leitungen erklärt, daß sie an der internen Frontstellung nicht teilnehmen. In Florenz haben 80 „Für die Einheit von Rifondazione comunista“ aufgerufen. Aus dem Veneto hatten sich für den 29. September 50 Kreissekretäre bei der Parteizentrale in Rom zum Protest angemeldet. *rok*

Belgien

Tod der Flüchtlingsfrau

Schon am 17. Mai sollte die Nigerianerin Sé-mira Adamu (20 Jahre) aus Belgien abgeschoben werden. Sie war am 25. März nach Belgien geflohen.

In Nigeria sollte sie mit einem 65jährigen Mann verheiratet werden, der bereits drei Frauen besitzt. Eine davon hatte er bereits getötet. Ihre Flucht nach Togo endet jedes Mal mit der Rückschiebung nach

Nigeria. Es war zu vermuten, daß ihr Besitzer Einfluß darauf genommen hat.

In Belgien wurde sie nach ihrer Ankunft sofort in ein abgeschlossenes Asylzentrum nach Steenockerzeel gebracht. Eine Berücksichtigung nach der Genfer Konvention wurde durch die belgischen Behörden nicht akzeptiert. Im Mai – und zu fünf anderen Gelegenheiten – konnte die Abschiebung nicht durchgesetzt werden; sie war zuvor bekannt geworden und sie hatte sich widersetzt. Von dem vierten Abschiebeversuch berichtete sie am 21. Juli: „Es war furchtbar. Im Innern des Flugzeugs waren sechs Bullen und zwei von der SABENA. Diese beiden schlugen mich und drückten mir ein Kopfkissen ins Gesicht. Sie erreichten fast, daß ich erstickte.“

Am vergangenen Mittwoch (22.9.) erstickte die Polizei auf dem Weg zum und im Flugzeug ihre Gegenwehr, indem sie ihr die Luft abdrückten. Sie starb im Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiederlangt zu haben.

In Belgien wurde unmittelbar danach zu Protesten und Demonstrationen aufgerufen; auch die Sans Papiers Bewegung in Frankreich versammelte sich vor der belgischen Botschaft in Paris. Was in Belgien passierte, geschieht und kann auch in anderen Ländern geschehen. In Erinnerung ist der Versuch der Abschiebung von Kola Bankole über den Frankfurter Flughafen; er wurde vom Arzt „ruhig“ gespritzt, von der Polizei in Griff genommen und gewürgt. Er starb, ein Verfahren gegen die Polizisten wurde gar nicht erst eröffnet, der Arzt kam mit Geldauflagen davon.

In Belgien wurden in diesem Jahr nach Angaben der Gendarmerie bereits 3.860 Personen zwangsweise abgeschoben. Inzwischen ist dies vorübergehend gestoppt worden – Innenminister Tobbac, bekannt als Befürworter von brutalen Abschiebeverfahren, wurde ausgewechselt – in einigen Tagen ist Gras über die Sache gewachsen. Dann geht es weiter. Im Jahresplan sind bis zu 15.000 Abschiebungen vorgesehen. Schon lange hatten Amnesty, die Ligue des Droits des l'Homme gegen die Abschiebepraxis ihre Stimme erhoben, die Antwort war entweder Schweigen oder abgrundtiefer Sarkasmus durch die belgischen Behörden. *mc*

Baskenland

Waffenstillstand der ETA

Von Manfred Ostrowski

Das Irland-Forum der baskischen Parteien Herri Batasuna, EA, PNV und Vereinigte Linke (IU-EB), der Gewerkschaften ELA, LAB und EHNE sowie von Bürgerbewegungen wie „Elkarri“ mündete am 12.9. in ein Abkommen, die Erklärung von Lizarra, von der baskischen Tageszeitung „Euskaldunon Egunkaria“ als „historisch“ bezeichnet.

Mit Bezug auf den baskischen Konflikt heißt es hier unter anderem: „Die baskische Konfrontation ist ein historischer Konflikt mit politischen Ursprüngen und politischer Natur, in den sich Spanien und Frankreich impliziert sehen. Seine Lösung muß notwendigerweise politisch sein ... Eine politische Lösung kann nur erreicht werden durch einen Prozeß offenen Dialogs und offener Verhandlungen, ohne irgendeine der implizierten Parteien auszuschließen und mit der Teilnahme der gesamten baskischen Bevölkerung ... Verhandlungen für eine Lösung tragen keine spezifischen Bestimmungen, respektieren die Pluralität der baskischen Gesellschaft, machen die politischen Projekte gleich, machen die Demokratie tiefer in dem Sinn, daß sie den Bürgern des Baskenlandes das letzte Wort geben, um die Zukunft zu entscheiden; und die Parteien respektieren die Entscheidung. Euskal Herria muß das Wort haben und die Entscheidung fällen.“

Am 17. September verkündete ETA einen unbefristeten Waffenstillstand, beginnend am 18. September. Die Tageszeitung „euskadi informacion“ teilte das betreffende Kommuniqué der ETA mit. Dieses bezieht sich auf das Abkommen von Stormont und das von Lizarra und unterstreicht, daß ETA im Licht der neuen politischen Situation ein Wagnis eingehen will. Die Entscheidung, einen Waffenstillstand zu erklären, ist auf die Überzeugung gegründet, daß das Baskenland einer einzigartigen Gelegenheit gegenübersteht, zur Souveränität voranzuschreiten. Mit Bezug auf das Abkommen von Lizarra meint das Kommuniqué, „der neue Kontext öffnet Türen für die baskische Gesellschaft, der Haupthandlende zu werden.“

ETA ruft die Bevölkerung des Baskenlandes dazu auf, die Initiative zu ergreifen und Verantwortung auf dem Weg hin zur Unabhängigkeit zu übernehmen, die Abkommen vorantreibend und eine gemeinsame Dynamik entwickelnd. ETA ruft die Bevölkerung des Baskenlandes weiter dazu auf, die Pakte und Abhängigkeiten bezüglich Madrid und Paris zu brechen und die Kräfte zu verbinden, um eine souveräne Institution für das ganze Baskenland zu erreichen.

Spaniens Regierungschef Jose Maria Aznar wiederholte daraufhin, ETA müs-



„Wir sind nicht gefährlich, wir sind in Gefahr“. Proteste in Belgien nach dem Tod der Flüchtlingsfrau aus Nigeria.

se beweisen, daß sie den bewaffneten Kampf aufgebe, bevor ein Friedensprozeß beginnen könne. ETA müsse sich auflösen. Julio Anguita (Vereinigte Linke) meinte demgegenüber, Madrid sollte beginnen, die ETA-Gefangenen in Gefängnisse näher beim Baskenland zu überführen, und so eine Hauptforderung der ETA erfüllen.

Brasilien

Finanzkrise heizt Wahlkampf auf

Von Flavio Lenz (nlp)

Die Börsenturbulenzen in São Paulo versichern die Anleger und sind Zündstoff für den Wahlkampf. Am 4. Oktober finden in dem lateinamerikanischen Land Präsidentschafts- und Kongreßwahlen statt. Der sozialdemokratische Präsident Fernando Henrique Cardoso kämpft um die Wiederwahl, wichtigster Gegner ist der Kandidat der Arbeiterpartei PT, Luís Inácio da Silva, genannt „Lula“. Das drohende Überschwappen der weltweiten Finanzkrise auf Brasilien und die Arbeitslosigkeit, von der 13 Millionen Brasilianer betroffen sind, sind die Themen.

Täglich überbieten sich die Kandidaten in der Anzahl der Arbeitsplätze, die sie in der kommenden Legislaturperiode schaffen wollen. Spricht Cardoso von 7,8 Millionen neuen Jobs, verspricht Lula 15 Millionen. Streicht der amtierende Präsident heraus, mit welcher Bravour die Regierung der internationalen Wirtschaftskrise standgehalten habe, kontert sein Opponent mit dem Hinweis auf die mehr als 10 Milliarden US-Dollar, die das Land seit Ende Juli an Devisenreserven verloren hat. Noch liegt Cardoso in den Umfragen vorn. Doch die starke Kapitalflucht bringt die Regierung in Bedrängnis. Täglich ziehen die Anleger Millionen von Dollar aus Brasilien ab. Die hohen Zinsen, die den Kurs des Real verteidigen sollen, könnten zu einer Rezession führen und die Arbeitslosenzahlen weiter in die Höhe treiben.

Eine Abwertung wäre jedoch eine Katastrophe für den Sozialdemokraten, der sein Amt 1994 mit einem Programm der Währungsstabilisierung angetreten hatte. Während seiner Amtszeit ging die jährliche Inflationsrate von rund 45 Prozent auf nur 3,5 Prozent zurück. Cardoso, der im vergangenen Jahr eine Verfassungsänderung durchgesetzt hat, um seine Wiederwahl zu ermöglichen, stellt sich als Garant für Stabilität dar. Eindringlich warnt er die Wähler vor dem „Populismus“ seines Widersachers Lula, der das Land ins Chaos stürzen werde. Kürzlich erhielt er dabei Schützenhilfe von seinem argentinischen Amtskollegen Carlos Menem, der verkündete, daß „einzig Fernando Henrique die Stabilität des Mercosur“ garantiere.

Der Preis für die geringe Inflation ist ein niedriges Wirtschaftswachstum von zuletzt nur 1,9 Prozent im Jahr und eine Arbeitslosenquote, die mit 8 Prozent die höchste seit 1983 ist. Lula da Silva, der bereits zum dritten Mal kandidiert, wird nicht müde, Cardoso die hohen Arbeitslosenzahlen vorzuwerfen.

Auf einer Wahlveranstaltung brachte er den Präsidenten mit einem Serienmörder in Zusammenhang, der im August des Mordes an zehn jungen Frauen überführt wurde. Er hatte sie mit dem Angebot gelockt, sie als Models anzustellen. Wahlkämpfer Lula dazu: „Die Arbeitslosigkeit bringt alle auf die schiefe Bahn“.

Sind Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit Verbündete der Opposition, so hat Cardoso die Medien auf seiner Seite. Mitunter vergreift er sich bei seinen Auftritten aber im Ton. Vor kurzem ließ er in einem Elendsviertel bei Rio de Janeiro verlauten, er könne „nicht versprechen, daß unter seiner Regierung alle Leute reich werden“. Das sei aber gar nicht nötig, „das Leben der Reichen ist im Großen und Ganzen ziemlich langweilig“.

Palästina

Menschenrechtsverletzungen durch palästinensische Autoritäten

Im September 1993 wurde der Vertrag von Oslo unterzeichnet, er sah die schrittweise Autonomie in den besetzten Gebieten Palästinas vor. Am Zeitplan hat sich seitdem vieles geändert; Israel blockiert jeglichen weiteren Abzug. Ein Blick heute auf die Verantwortlichkeiten der palästinensischen Behörden, welche Hindernisse sie einer demokratischen Entwicklung in den Weg stellen.

Es bleibt dabei Tatsache, daß in den Verträgen Fragen nach den Flüchtlingen, den Siedlungen und des Status von Jerusalem nicht geklärt waren, womit die UN-Resolution von 1974 zur Verhandlungsmasse gemacht wurde. Ebenfalls bedeutsam bleibt, daß die UN-Charta und internationale Konventionen zum Schutz der Menschenrechte bisher ständig verletzt werden. Schließlich ist nicht zu erkennen, daß die Siedlungsfrage wie alle damit verbundenen Zerstörungen in der palästinensischen Landwirtschaft, Haussprengungen (1996: 140, 1997: 233), Erschießungen, Folterungen, Administrativhaft, Absperrungen, Ausgangsverbote, Steuergesetzgebung und ethnische Veränderungen in Jerusalem grundlegende Entwicklungen verhindern.

Ungeachtet dieser Dimensionen ergeben sich dennoch Fragen nach der in der sog. „palästinensischen Autonomie“ stattfindenden Entwicklung.

Derzeit existieren drei Kategorien der besetzten Gebiete. 3% der Westbank und 60% von Gaza werden der Kategorie A zugerechnet: Kontrolle durch die Auto-

nomiebehörde. 27% der Westbank werden teilweise kontrolliert (B). 70% der Westbank (C) bleiben unter israelischer Kontrolle, auch 40% im Gazastreifen.

Auch die palästinensische Autonomiebehörde (PNA) wird beschuldigt, die Menschenrechte nicht einzuhalten. Am 30.8.98 wurde das erste Todesurteil exekutiert, gegen die beiden Brüder Abu Sultan, denen Mord zur Last gelegt wurde. Es heißt, daß Arafat mit der Bestätigung dieser Urteile eher gewisse Kreise der palästinensischen Bourgeoisie beruhigen wollte als Recht und Gesetzen zu folgen.

Der von der PNA mit Vorrang betriebene Sicherheitsapparat, an dessen Ausbildung auch Israel ein Interesse hat, verhaftete Hunderte von Zivilisten unter dem Vorwand, sie seien Mitglieder islamischer Gruppierungen. So wurden z.B. am 25.2.98 800 Personen ohne richterliche Befehl verhaftet, eine Anklage wurde nie erhoben. Rechtsmittel, Kontakte zu Rechtsanwälten wurden verweigert.

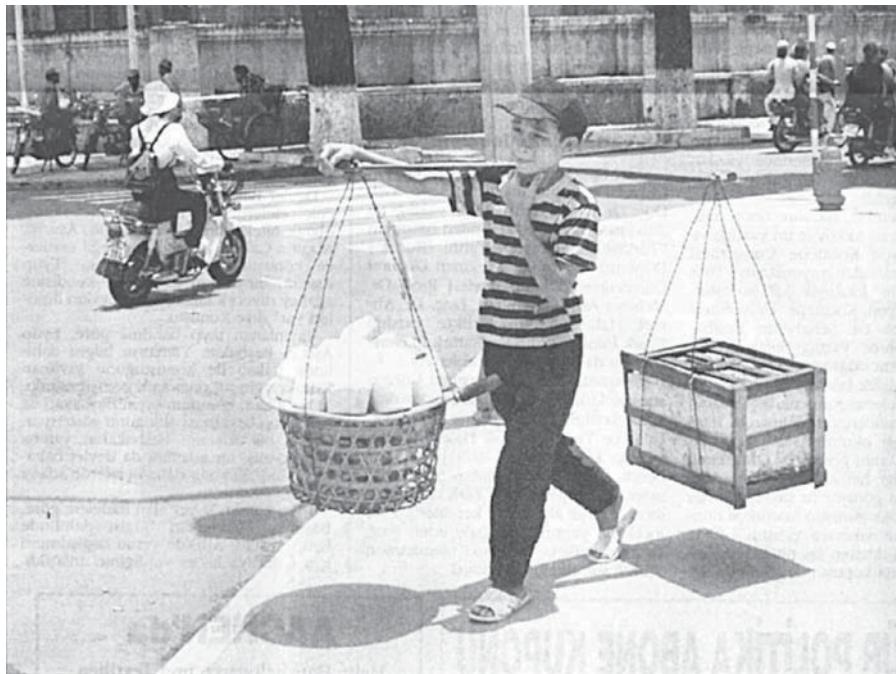
PNA hat sehr früh ein Staatssicherheitsgericht etabliert, mit dem die Zivilrechte außer Kraft gesetzt werden. Juristische Unabhängigkeit und Anordnungen der Justiz zur Freilassung von Gefangenen werden mißachtet. Angehörige der Staatssicherheit mißachten Grundrechte der Bevölkerung, indem sie Folterungen zur Aussageerpressung praktizieren; es ist bekannt, daß mindestens 19 Personen dabei zu Tode gekommen sind.

Gegen Demonstrationen werden unerlaubte Mittel eingesetzt, um sie zu zerstören. 13 Personen wurden bei einem Angriff auf eine Moschee 1994 getötet.

Kritik an diesen Maßnahmen wird mit Festnahme beantwortet. Erst kürzlich wurden mit Stöcken dreinschlagende Polizisten auf Demonstrierende gehetzt, die gegen den Mord an Hamas-Leuten im Gazastreifen auf die Straße gingen.

Die Verhinderung der Meinungsfreiheit tangiert viele Zeitungen und TV-Stationen; ihnen droht, geschlossen zu werden. Die Zeitung Al Rasalah in Gaza oder die TV-Station Afaq-TV in Nablus wurden bereits geschlossen, ohne jede Vorauswarnung. Dort waren Berichte zum Mißmanagement der PNA publiziert worden. Betroffen ist ein breites Spektrum; von Islamisten ebenso wie von der PFLP, von JournalistInnen ebenso wie von AkademikerInnen und MenschenrechtlerInnen. Z.B. wurde Fathi Subah, ein Lehrer, verhaftet, weil er seinen Studenten im Unterricht Fragen nach der Korruption innerhalb der PNA stellte.

Es nimmt kein Wunder, daß zahlreiche dieser Menschenrechtsverletzungen der PNA infolge des Drucks der USA und Israels erfolgen, um die Kritik an dem zögerlichen Verlauf des sog. Friedensprozesses zu unterbinden. Es unterliegt keinem Zweifel, so die palästinensische Gruppe LAW, daß die israelische Sicherheit ein starkes Argument für die PNA ist, um ihre Menschenrechtsverletzungen zu praktizieren – dennoch können sie damit nicht gerechtfertigt werden. mc



ILO-JAHRESBERICHT: WELTWEIT 150 MILLIONEN MENSCHEN OHNE JOB

Weltweit ist nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eine Milliarde Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt. Bis Ende 1998 kämen als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise in Asien und anderen Regionen Millionen von Arbeitslosen hinzu. Die ILO rechnet weltweit mit einem Verlust von zehn Millionen Arbeitsplätzen. In ihrem in der letzten Woche veröffentlichten Zweijahresbericht schreibt die ILO, daß 150 Millionen Menschen ganz ohne Arbeit seien, rund 900 Millionen Menschen seien nur teilweise beschäftigt. Die ILO schätzt, daß in Indonesien die Arbeitslosenrate in diesem Jahr auf 12 Prozent klettert gegenüber 4 Prozent in 1996. In Thailand werden es 6 Prozent Arbeitslose gegenüber 2 Prozent in 1996. Für die kapitalistischen Länder schwankt die Arbeitslosenrate zwischen 2,6 Prozent in Norwegen und 18,9 Prozent in Spanien. In der gesamten Europäischen Union sind 18 Millionen Menschen ohne Arbeit. Weltweit sind dem Bericht zufolge Jugendliche und Frauen von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen.

UNO fürchtet eine Zunahme von Fremdenhaß

Die UNO hat vor einem weltweiten Anstieg der Ausländerfeindlichkeit und dem Machtzuwachs faschistischer Parteien gewarnt. Sie gewinnen vor allem in Europa an Boden, heißt es in einem Bericht der UNO-Menschenrechtskommision.

In Belgien, Frankreich, Österreich, Italien, Norwegen und Australien verzeichnen die Faschisten nach diesem Bericht große Zustimmung. In Australien hat erst jüngst die Nationale Partei mit der Lösung „Ausländer raus“ 23 Prozent der Stimmen eingeheimst. Bei einer Umfrage der französischen Menschenrechtsorganisation bezeichnen sich 38 Prozent der Franzosen als Rassisten.

UNO Vollversammlung: Kampagne gegen Atomwaffen

Acht Staaten wollen ihre Kampagne zur Abschaffung aller Atomwaffen wieder auflieben lassen.

In einer Resolution, die dem Abrüstungsausschuß der UNO-Vollversammlung unterbreitet wurde, sollen die Atomstaaten aufgefordert werden, dem Bei-

spiel Südafrikas zu folgen und die Waffen vernichten.

Die Initiative geht von Irland, Schweden, Neuseeland, Südafrika, Brasilien, Ägypten, Slowenien und Mexico aus. Der irische Außenminister erklärte dazu vor der UNO-Vollversammlung, die Atommächte würden natürlich gegen die Abrüstung argumentieren. Er sei aber optimistisch, daß in den nächsten Jahren der Druck von einer großen Mehrzahl der UNO-Mitglieder wachsen wird.

Südafrika hatte zu Zeiten der Apartheid-Regierung Atomwaffen entwickelt, diese aber nach dem Machtwechsel abgeschafft.

Ukraine: AKW Arbeiter streiken für höhere Lohn

Aus Protest gegen die seit Monaten ausstehenden Löhne haben die Lohnarbeiter aller fünf Atomkraftwerke in der Ukraine am vergangenen Samstag die Arbeit niedergelegt.

Die Streikenden werfen der Regierung vor, daß das ursprünglich für die Bezahlung von Stromrechnungen vorgesehene Geld im vergangenen Sommer an streikende Kohlearbeiter ausgezahlt wurde. Das bestätigte auch der Direktor des

größten europäischen Atomkraftwerks in Saporoschskaja. Die 170 Millionen Mark, die dem Atomkraftwerk zuständen, seien die streikenden Kohlearbeiter ausgezahlt worden. Streiks sind in den ukrainischen Atomkraftwerken gesetzlich verboten.

Nikaragua: Plantagenarbeiter greifen US-Bananenkonzerne an

(Managua, September 1998, npl).- Die US-Bananenkonzerne „Dole“ und „Standard Fruit Company“ drohen mit dem Rückzug aus Nicaragua, nachdem ein Gericht der Provinz Chinandega ein Transportverbot über die Firmen verhängt hat.

Hintergrund ist die Schadensersatzforderung über 10 Millionen Dollar, die ehemalige PlantagenarbeiterInnen im April gegen die Konzerne erhoben hatten. Das Lieferembargo soll ihrer Klage Nachdruck verleihen.

Die 500 ArbeiterInnen waren zwischen 1970 und 1980 auf den Plantagen der beiden US-Firmen Bananen beschäftigt, wo auch die hochgiftigen Chemikalien „Nemagon“ und „Fumazone“ eingesetzt worden sind. Hersteller von „Nemagon“ ist die Shell Oil Company, Dow Chemicals vertreibt das Pestizid „Fumazone“. Wegen ihrer gesundheitsschädlichen Wirkungen sind die beiden Produkte in den Vereinigten Staaten verboten.

„Die Kläger sind heute fast alle arbeitsunfähig. Sie leiden unter Hautkrebs, Unfruchtbarkeit, schweren Erkrankungen der Atemwege und Augenschäden. Oft sind auch ihre Kinder von den Schäden betroffen.“ erklärt der Anwalt Ricardo Solis, der die Anklage gegen die beiden Konzerne vertritt. Der Anwalt betreibt zudem ein Gesetzesvorhaben, das den PlantagenarbeiterInnen ein Recht auf Entschädigung beim Umgang mit Pestiziden sichern soll.

Dole und Standard Fruit fordern, daß die Klage an ein US-amerikanisches Gericht weitergeleitet werde. Dies jedoch könnte das Verfahren um Monate verzögern, erklärt Solis. Daß die Firmen nun damit drohen, die Produktion in Nicaragua einzustellen, bezeichnet er als „Erpressung“.

Das Land ist auf den Bananenexport angewiesen. Jedes Jahr verlassen fast vier Millionen Bananenkisten die Häfen Nicaraguas.

Bei einem Erfolg der Klage würde jeder der Betroffenen eine Entschädigung von 20.000 US-Dollar erhalten, die sie und ihre Familien auch dringend benötigen.

In den Bananen-Anbaugebieten um El Viejo und Chinandega beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung kaum 40 Jahre, wie die Ärztin Edda Contreras in einem Interview mit der Zeitung „El Nuevo Diario“ erklärte. Die Spätschäden des Pestizideinsatzes seien „schlimmer als Lepra oder Aids“.

(Zusammenstellung: hav)

Köln. Über 2000 Menschen beteiligten sich am Samstag, 19.9., an der Abschlußdemonstration der Karawane, die seit dem 15. August von Bremen aus durch 45 Städte unterwegs war. In jeder Stadt, durch die die Karawane zog, hatten örtliche Gruppen Aktionen, Kundgebungen vorbereitet. Die politisch bedeutendsten Orte, so Karawane Teilnehmer, waren jene, wo die lokalen Gruppen auch sonst systematisch in den Flüchtlingsunterkünften arbeiten. Gerade in solchen Orten kamen Flüchtlinge in großer Zahl und brachten ihre Forderungen in die Karawane ein.



IG Medien übergibt Preis für Kunst-Zensur an den Nürnberger OB

NÜRNBERG. Den „IG-Medien-Bimsstein“ erhielt am 23. September der Nürnberger Oberbürgermeister Ludwig Scholz. Er hatte am 22. Mai vom Nürnberger Hauptmarkt ein „Brandmal“ des Künstlers Wolfram Kastner entfernen und eine Kostenrechnung über 660,59 an ihn schicken lassen. Der in München lebende Künstler Wolfram Kastner hatte (zur Erinnerung an die Nürnberger Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 auf dem damaligen Adolf-Hitler-Platz und an den Pogrom von 1349, in dem die Nürnberger Juden, ihre Häuser und Synagoge verbrannt wurden) am 10. Mai 1998 einen drei Meter breiten schwarzen Fleck auf das Pflaster des Marktplatzes gewalzt – als Gedächtnissütze sowie als Anregung und Appell an die Stadt, an gleicher Stelle ein dauerhaftes „Denkzeichen“ zu installieren. Die IG Medien hält die Reaktion der Stadtverwaltung auf das „Brandmal“ für absolut unangemessen und kündigt an, daß der Brandfleck demnächst auf Initiative der IG Medien unter Aufsicht des Künstlers werkgetreu wiederhergestellt wird.

*Aus PE der IG Medien,
Fachgruppe Bildende Kunst*

Protest gegen Einschüchterung von Unterstützern des Volksbegehrens

MEMMINGEN. Die Bürgeraktion Mehr Demokratie in Bayern wirft der Memminger Stadtverwaltung vor, sie schüchtere Unterstützer von Volksbegehren mit Hilfe der Staatsanwaltschaft ein. Derzeit ermittelt die Justiz gegen 13 Personen, weil sie vom Rechtsdirektor der Stadt im Allgäu wegen angeblicher Wahlfälschung angezeigt wurden. Das Wahlamt der Stadt, in der bei Volksbegehren immer bayerische Spitzenergebnisse erzielt werden, stellte bei ihnen Doppeleintragungen in Zulassungsanträgen für Volksbegehren fest. Die Polizei hat alle Beschuldigten vorgeladen und bereits vier

verhört. Nach Angaben des Leiters der Memminger Staatsanwaltschaft, Dr. Peter Stoeckle, dauern die Ermittlungen voraussichtlich bis Ende des Jahres. Eine solche Aktion der Staatsanwaltschaft hat es in Bayern nach Informationen von Mehr Demokratie noch nicht gegeben. „Doppeleintragung in Volksbegehrenlisten sind keine Wahlfälschung“, erklärte Martina Mair von der Memminger Bürgeraktion unter Berufung auf das Landeswahlgesetz. Dort heißt es in § 70, Abs. 2, zu Unterschriften für Volksbegehren: „Mehrere Eintragungen einer Person gelten als eine Eintragung“. Die ÖDP hatte über viele Monate hin Unterschriften für drei Volksbegehrensanträge gesammelt. Versehentliche Doppeleinträge waren deshalb nicht auszuschließen. Die Stadtverwaltung kann aber unzulässige Eintragungen sofort erkennen und problemlos streichen. „Die umfangreichen Ermittlungen in der Volksbegehren-Hochburg sind eine lächerliche Justizposse“, so Mair. *Aus: PE Mehr Demokratie 23.9.*

Aktion gegen die Verletzung des Menschenrechts-Paktes

FREIBURG. Wir machen einen Vorschlag für eine (eilige) Aktion, mit der die menschenunwürdige Lage der Flüchtlinge in der Bundesrepublik dem UN-Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vorgestellt werden soll, das die Verwirklichung des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte überwacht, dem auch die BRD beigetreten ist. Aktueller Anlaß, der uns unter einen gewissen Zeitdruck setzt, ist die Tatsache, daß der 3. Staatenbericht der BRD an das genannte UN-Komitee, in dem sie darlegt, welche Maßnahmen sie zur Verwirklichung des Paktes ergriffen hat, am 23./24.11.1998 in Genf vom Sozialrat bzw. dem zugeordneten Ausschuß behandelt wird. Im Ausschuß sind auch VertreterInnen von Nicht-Regierungsorganisationen, die zum Bericht der BRD Stellung beziehen können.

Wir schlagen vor, daß wir eine Darstellung der Behandlung der Flüchtlinge nach Gesetzen, Verordnungen und Rechtsprechung, sowie ihrer konkreten Lebensbedingungen, die sich daraus ergeben, z.B. an die Organisation FIAN (Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren) geben, die Mitglied im genannten Ausschuß ist, und auf diesem Weg die Diskussion über den Bericht der BRD beeinflussen.

Wir wollen diesen Bericht bis Ende Oktober an FIAN geben mit der Bitte, ihn bei der Stellungnahme im Ausschuß in Genf zu berücksichtigen. Eine offizielle Zusage der Organisation haben wir dazu noch nicht. Wir haben darüber mit Sieglinde Weinbrenner von FIAN, Forum Menschenrechte, gesprochen, tel. 030 - 42851585. Wir gehen davon aus, daß eine fundierte Darstellung berücksichtigt werden wird.

Bitte an Euch: Überlegt, ob Euch diese Aktion reizt und ob Ihr die Situation der Flüchtlinge in Eurem Bundesland und in Eurer Stadt bis Ende Oktober konkret darstellen könnt. Wenn ja, setzt Euch mit uns in Verbindung. Öffentlichkeitsarbeit vor dem Termin am 23./24. 11 in Genf wird sehr wichtig sein!

Ausführliche Informationen:

*Südbadisches Aktionsbündnis
gegen Abschiebungen
c/o Aktion Dritte Welt
Kronenstr. 16a, 79100 Freiburg
Tel. 0761/ 74003 (nur Freitagabend)
Fax: 0761/709866*

Gegen neue Richtwerte für Mietkosten von SozialhilfeempfängerInnen

HAMBURG. Die Sozialämter in den Bezirken Nord und Altona weigern sich neuerdings, Mietkosten zu übernehmen, die die Richtwerte für Mietobergrenzen überschreiten.

Viele Altonaer SozialhilfeempfängerInnen haben in den letzten Wochen und Monaten vom Sozialamt die Aufforderung enthalten, die Kosten ihrer Unterkunft durch Untervermietung oder Umzug zu verringern. Ihnen wird sonst angedroht, daß die Miete nicht mehr, bzw. nicht mehr in voller Höhe übernommen wird. So werden möglicherweise ganze Familien von Obdachlosigkeit betroffen und in die Ausgrenzung getrieben. Am 14. 9. haben VertreterInnen der GAL Altona in einer Flugblattaktion in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Wohnraumversorgung vor dem Sozialamt Altona Betroffene über die neuen Richtlinien und über die Möglichkeiten informiert, sich zur Wehr zu setzen.

Dazu Susanne Böhmcker, Abgeordnete der GAL in der Bezirksversammlung Altona: „... Die Gespräche, die wir vor dem Sozialamt mit Betroffenen geführt haben, zeigten, daß der Informationsbedarf erheblich ist. Wir werden unsere Aktion vor dem Sozialamt fortsetzen.“

aus Lokalberichte Hamburg

Proteste im Zeichen des Schmetterlings

ROSTOCK. Zwischen 4000 und 5000 Nazis marschierten in Dierkow. Dagegen protestieren gut 10.000 Menschen auf Kundgebungen, Demonstrationen und Straßenfesten. Derweil unterband die Polizei mit dem größten Einsatz in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns jeden Versuch den NPD-Aufmarsch zu stören.

Ursprünglich hatte die NPD ihre Wahlkampfabschlußkundgebung in Lichtenhagen angemeldet, an dem Ort, wo '92 unter dem Beifall der Bevölkerung eine Flüchtlingsunterkunft in Brand gesteckt wurde. Die Stadtverwaltung verbot erwartungsgemäß die Provokation der NPD. Das Schweriner Verwaltungsgericht hob die Verbotsverfügung auf und genehmigte den Aufmarsch bis unmittelbar vor die Sonnenblumenhäuser. Schließlich tagte das Oberlandesgericht, und beschränkte den Aktionsradius der NPD auf den Nordosten der Stadt. Während also der DGB Kreisvorsitzende Reinhard Kniesch am Werftdreieck eine "friedliche, weltoffene und demokratische Gesellschaft" beschwore, übte der 'nationale Widerstand' in Rostock-Dierkow schon einmal die Marschordnung.

Vor den Toren der Stadt kontrollierten Sondereinsatzkräfte, schweres Gerät und Räumpanzer aus dem gesamten Bundesgebiet die Zufahrtswege. Ihr Auftrag:

Die 'friedliche Koexistenz' beider Veranstaltungen – wenn nötig mit Gewalt – durchzusetzen. Dafür war das Gebiet rechts der Warnowmündung der NPD zu gesprochen worden, während auf der gegenüberliegenden Seite bis nach Lichtenhagen hinein die Protestaktionen stattfanden. Das Kalkül von Innenminister Seite (CDU) ging auf. Formulierungen wie diese: "Das Bündnis bedauert sehr, daß sich an diesem Tag nicht alle an den Appell zu friedlichen Aktionen gehalten haben" ignorieren, daß der überwiegende Teil des Rostocker Bündnis entgegen vorheriger Absprachen weg vom Ort des Geschehens orientierte. Anders – nur um ein Beispiel zu nennen – als Anfang des Jahres in Neustrelitz wurde die einzige mögliche Übereinkunft, nämlich friedlich aber entschlossen den Nazis entgegenzutreten, aufgekündigt. Polizeischikanen, Festnahmen und letztlich auch die kopflosen Auseinandersetzungen am Rande der Spontandemonstration mit etwa 2000 TeilnehmerInnen waren nur möglich, weil dieser Teil des Protestspektrums politisch isoliert und räumlich abgespalten agierte.

„Bunt statt Braun“ lautet der Schriftzug auf den Transparent, darüber der Schmetterling. Als ehemaliges Logo der Bürgerrechtsbewegung apelliert der Buntfalter an das Gefühl: think positiv

und verhalte dich friedlich, denn "wir wollen weg vom Antifa-Image". Rostock ist links und die PDS spekuliert auf ein Direktmandat. Rostock ist nicht Neustrelitz und verglichen mit vielen Kleinstädten in Mecklenburg-Vorpommern gibt es in der Hansestadt nur eine recht kleine nach außen auftretende Naziszene. Dennoch wohnen Jugendliche mit linken Outfit lieber in der Stadt und meiden – vom Umland ganz zu schweigen – die Plattsiedlungen. Nicht wenige RostockerInnen schauen weg, haben Angst und auf Faschöübergriffe reagieren "ohnehin nur Angehörige von linksradikalen oder Antifa-Gruppen selbst, dazu noch ein paar aus der verbliebenen Jugendsubkultur". Auf den Kundgebungen des Bündnis gegen Rechts erfahren wir aus dieser Welt nichts. Der Oberbürgermeister, Arno Pöker (SPD), verbreitet Wahlkampfzuvorsicht: Rostock ist besser als sein Ruf. Die einzige gute Nachricht des Tages bestünde jedoch darin, wenn von den 60 Institutionen, Gruppen und Parteien nach dem Kraftakt vielleicht zehn übrig bleiben. Politische Redebeiträge und inhaltliche Diskussion darüber, wie der sich gegenseitig unterstützende Zulauf neofaschistische Organisationen und rechter Subkultur zu durchbrechen sind, haben sowieso erst nach dem Wahlkampf wieder eine Chance.

Wolfram Siede

Bayern

Proteste gegen DVU-Kundgebung in Passau

PASSAU. „Geschlossen wegen DVU“ erklärt ein Schild im Fenster der chemischen Reinigung direkt neben der Passauer Nibelungenhalle. Das von der Stadtverwaltung am Eingang der Nibelungenhalle aufgehängtes Transparent „Rechtsextremisten unerwünscht“ täuscht darüber hinweg, daß gerade Passauer Antifaschisten mit Verfahren, Polizeüberwachung und Versammlungsverboten überzogen wurden. Dagegen drückten viele Passauer Bürger mit Buttons „Passauer gegen DVU“ ihre Abscheu gegenüber den alljährlichen Nazikundgebungen in ihrer Stadt aus.

Zur Blockade der Nibelungenhalle ab 8 Uhr früh fanden sich allerdings nur wenige Bürger ein, die Passauer Aktion Zivilcourage meldete 500, und auch an der Kundgebung des DGB nahmen lediglich einige Dutzend teil. Dagegen war die Polizei mit vielen Hundertschaften in Kampfausrüstung mit Helmen und Panzerwesten in der ganzen Stadt präsent. Kurzfristige Sitzblockaden gegen ankommende Busse wurden bereits nach wenigen Minuten aufgelöst. Eine Blockade der DVU-Veranstaltung war schwer umzusetzen, da die Polizei eine Bannmeile von 200 Metern um die Nibelungenhalle gezogen hatte, in der jeglicher Protest gegen die Rechtsradikalen untersagt war.

Die Busse kamen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum, so auch aus

Südtirol, einige mit schlesischen Fahnen im Fenster. Knapp 3000 vorwiegend ältere Männer sind es, die DVU-Chef Gerhard Frey, den Ex-REP und jetzigen DVU-Spitzenkandidat Franz Schönhuber sowie den französischen Faschisten Jean-Marie LePen hören wollen. Letzterer sagte seine Teilnahme allerdings ab.

Abgesagt hatte auch die NPD ihre Demonstration, mit der sie sich als die "wahren" Nationalisten darstellen wollte. Nach einem anfänglichen Verbot war auch dieser Naziaufmarsch gerichtlich genehmigt worden. Vermutlich konnten die NPD ihre Anhänger nicht dazu bringen, gegen eine andere rechtsextreme Partei zu demonstrieren.

Am Nachmittag begann die Demonstration des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Bayern, dem Gruppen aus 11



Städten angehören. 1000 Mitglieder von Antifagruppen und Punks sowie einige Anhänger von PDS und DKP ziehen durch die Stadt. „Auch mal zuhauen – nicht immer wegschauen“ lautet das Fronttransparent der Jugendantifa. Die Polizei nimmt diese Aufforderung wörtlich. Während der Rede der bayerischen PDS-Abgeordneten Eva Bulling Schröter nehmen Polizisten einen Redner der Antifa fest und verprügeln ihn. Der Vorwurf: er soll Polizisten fotografiert haben, obwohl er gar keine Kamera dabei hatte! 15 Demonstranten und drei Nazis wurden von der Polizei festgenommen. Die meisten von ihnen kamen bis Sonntag wieder auf freien Fuß. Bei fünf linken Demonstranten wurde die Gewahrsamnahme jedoch richterlich bestätigt.

Nick Brauns

Auswirkungen für eine fortschrittliche Politik?

KIEL. Nach der Hochrechnung von 23.15 Uhr (das Ergebnis liegt erst am 28.9. vor) stimmten 57,7 % der Wähler für die Vorlage der Volksinitiative gegen die Rechtschreibreform, 28,2 % stimmten für die Vorlage des Schleswig-Holsteinischen Landtages, 14,1% lehnten beide Vorlagen ab – und stimmten damit indirekt für die Reform. 50% der Abstimmenden und 25% der Wahlberechtigten waren erforderlich um die Einführung der Rechtschreibreform in Schleswig-Holstein zu verhindern. Beides wurde bei einer Wahlbeteiligung von 72% erreicht.

Zwei Fragen stellen sich.

Erstens, wie kommt es, dass solch ein lächerlicher Gegenstand wie die Rechtschreibreform zu einer großen politischen Auseinandersetzung führt?

Zweitens, warum unterlag die Rot-Grüne Landesregierung in Schleswig-Holstein, obwohl bei der gleichzeitigen Bundestagswahl 53% (SPD 45,4%, Die Grünen 7,6%) für die Regierungsparteien ihre Stimme abgaben?

Bei sachlicher Untersuchung des Gegenstandes der Rechtschreibung wird man nicht fündig. Die Rechtschreibung ist das Ergebnis langer Setzungsarbeit von Schrift und Sprache. Viele Zusammenhänge liegen lange zurück oder sind in fremden Sprachen begründet. So erscheint vieles unverständlich, unlogisch und nicht nachvollziehbar. Trotzdem hat es sich in ein staatlich gestütztes Regelwerk eingefunden, dass jetzt manchem wie natürlich erscheint.

Die gültige Rechtschreibung hat jede Reform (Reform steht für Verbesserung und Vereinfachung) verdient, und sei sie auch mit neuen Fehlern und Widersprüchen behaftet. Dass es seit 1904 keine Reform gegeben hat, ist der eigentliche Skandal. Wer das neue Regelwerk liest wird viel logisches und auch den Mut zur Vereinfachung finden. Die Menge der Regeln zur Zeichensetzung wurden erheblich reduziert. Manches hätte noch viel radikalere Einschnitte bedurft, aber dazu fehlte den Kultusministern der Mut.

Die schleswig-holsteinische Landeszeitung hat als Beitrag zur Versachlichung im August eine Hälfte der

Zeitung nach den neuen Regeln, die zweite Hälfte nach den alten Regeln gedruckt. Der Unterschied war geringfügig und hätte es nicht auf der ersten Seite gestanden, viele Leser hätten es nicht bemerkt.

Die Volksinitiative „Wir gegen die Rechtschreibreform“ nannte die Rechtschreibreform unlogisch, inhaltlich misslungen, und rückschrittlich: Getrennt- und Großschreibung der Rechtschreibreform würden die lebendige Sprache um etwa 200 Jahre zurückwerfen.

In ihren Zeitungsanzeigen schrieben sie: „Deutschland hofft auf Schleswig-Holstein“. „Die Sprache gehört dem Volk“. „Nur Kultusminister wollen sie und Schulbuchverlage – das reicht nicht“

Als Befürworter der Reform sei hier Prof. Alf Schönfeldt, vom Germanistischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität Kiel angeführt.

„Durch die Reformgegner wird das ‚Prinzip Rechtschreibung‘ in einem Maße aufgewertet, das der Rechtschreibung gar nicht zukommt. Die Bedeutung der Rechtschreibung ist viel geringer. Sie wird gern als Instrument benutzt um mit dem Kriterium ‚richtig‘ oder ‚falsch‘ eine Trennung von ‚gebildeten‘ und ‚ungebildeten‘ Menschen zu erreichen. Das ist zweifellos ein Mißbrauch der Rechtschreibung. Schreiben soll doch nur dazu dienen, sich verständlich zu machen. Dabei stören die allermeisten Rechtschreibfehler überhaupt nicht.“ „Die Menschen die Angst haben, demnächst

Fehler zu machen, kann ich verstehen. Aber ich würde ihnen sagen: Sie brauchen keine Angst zu haben. Sie können genauso weiterschreiben wie bisher. Jeder wird sie verstehen. Ich habe den Eindruck, daß die Wortführer der Reformgegner die Ängste schüren und damit Stimmen gewinnen wollen. Die Angstmacherei ist das Unangenehmste an der ganzen Diskussion.“

Wenn es gar nicht um die Rechtschreibreform geht, warum geht es dann? Und was sind die Gründe der Menschen zur Unterstützung der Kampagne gegen die Rechtschreibreform?

Das bestehende Regelwerk der Rechtschreibung wird wahrscheinlich nur von weniger als 10% der Bevölkerung beherrscht. Vielleicht sind es 50%, die sich einen gewissen Standard der Rechtschreibung erarbeitet haben, mit dem sie im privaten Leben und in der Arbeitswelt schriftlich kommunizieren können. Darunter viele aus dem Bereich der technischen Intelligenz. Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung gilt, dass die Regeln nur ungenügend und nur teilweise bekannt sind.

Es gilt also zu unterscheiden zwischen denen, die Wissen über die Rechtschreibung und die Rechtschreibreform besitzen, und denen, die sich bei der Entscheidung auf die Beratung anderer verlassen.

Wer als Wissender die Rechtschreibreform bekämpft, dem geht es um intellektuelle Macht. Was ihn treibt ist elitäres Denken. Dass auch Schriftsteller, denen fortschrittliche Gesinnung und Verhalten nachgesagt wird, sich daran beteiligen, zeigt nur, dass sie hier im intellektuellen Feld ihre eigenen Interessen verfolgen.

Günter Grass als Gegner der Reform fürchtet um sein Werk. „Schon jetzt wird deutlich, daß meine Romane, Erzählungen und Gedichte sollten sie weiterhin für den Schulbuchgebrauch benutzt werden erheblichen Eingriffen und Entstellungen ausgesetzt wären.“ Am Wahlabend macht er im Fernsehen noch mal deutlich, dass die Ab-



schaffung einiger Regeln der Zeichensetzung die Struktur seines Satzbaus zerstören würde, man müsse das eben lernen, auch wenn es schwer ei. Er nennt die Reform eine Verarmung und Verflachung der Sprache.

Für diejenigen, die sich mühsam einen gewissen Standard in der Rechtschreibung erarbeitet haben, erscheint eine Reform wie eine Entwertung ihres Wissens. Sie sollen neu lernen, wo es doch so viele andere wichtige Dinge gibt. Spontan führt dies zur Ablehnung der Reform. Zeit, um das wirkliche Ausmaß der Reform zu erkunden, wird nicht vorhanden sein. Hilfe von ausgebildeter Seite steht wenig zur Verfügung. Das sind gute Ausgangsbedingungen für eine demagogische Politik, um Menschen als politische Masse gegen ihr eigenen Interessen zu mobilisieren.

Im Widerstand gegen die Rechtschreibreform verbirgt sich auch jeder Widerstand gegen die Verwerfungen in der Gesellschaft, gegen die Politik der Parteien, das Parlament oder auch gegen die jetzige Landesregierung in Schleswig-Holstein.

Mit dem Nein zur Rechtschreibreform kann man deutlich machen, dass Politiker immer über die Köpfe der Menschen entscheiden und dabei doch nur Geld kosten. Welch eine Chance mit der Rechtschreibreform ein klassen- und schichtenübergreifendes Bündnis herzustellen.

Welche lächerliche Entwicklung in der Auseinandersetzung möglich ist, zeigt ein Vorgang aus Berlin. Dort hat ein Elternpaar gegen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Verfassungsmäßigkeit der Rechtschreibreform Beschwerde vor der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg eingelegt.

Die Verteidigung der Reform seitens der Landesregierung fand in Schleswig-Holstein, wohl auch im Hinblick auf die Bundestagswahlen, nicht statt, sie wurde der Kultusministerin überlassen. Der Stimmzettel der Landesregierung förderte ausserdem die Vorwürfe, sie wolle nicht inhaltlich, sondern nur mit bürokratischen Tricks die Reform durchsetzen. Es gab drei Wahlmöglichkeiten: zwei Ja und eine Ablehnung. Ja für den Gesetzentwurf der Reformgegner; Ja für die Vorlage des Landages; Ablehnung von beiden. „Die Rechtschreibreform ist abgelehnt, wenn ein Viertel der Wahlberechtigten und mindestens die Hälfte der Abstimmenden das erste Feld ankreuzen. Wer dafür ist, daß die neue Rechtschreibung künftig auch in Schleswig-Holstein gilt, muß das zweite oder dritte Feld ankreuzen.“ Nach Ansicht des CDU Landesvorsitzende Peter Kurt Würzbach sei der Stimmzettel absichtlich unverständlich gemacht worden, „wofür ein Denkzettel fällig sei“.

In den Zeitungsanzeigen der Befürworter der Reform war auch keine inhaltliche Begründung zur Reform zu finden. Defensiv wurden die Nachteile für die Kinder angeführt, die bereits zwei Jahre die neue Rechtschreibung lernen und die Gefahr einer „Schreibinsel Schleswig-Holstein“ beschworen. Unterzeichnet waren die Anzei-

gen von einer Initiative für die Reform. Erst zwei Tage vor der Abstimmung erschienen Anzeigen für die Reform unterzeichnet von Jugendbuch- und Schulbuchverlagen; Deutscher Kinderschutzbund Landesverband SH; GEW Landesverband SH; Landeselternvertretungen Berufliche Schulen, Gesamtschulen, Realschulen, (es fehlen die Gymnasien) Landesschülervertretungen für Gymnasien, Gesamtschulen und Realschulen, Schulleiterverband SH.

Nach Aussagen des Sprechers der Reformgegner Mathias Dräger ist das Ergebnis des Volksentscheides nur der Beginn um bundesweit die Reform zu Fall zu bringen. Volksinitiativen seien bereits in Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Baden-Württemberg gestartet worden. Auf der Stufe der Volksbegehren sind die Reformgegner bereits in Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Direkte Auswirkungen des Volksentscheides auf andere Bundesländer sind vorerst nicht zu erwarten. Die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz der Länder und Bildungsministerin in Nordrhein-Westfalen Gabriele Behler hatte dies bereits vor dem Volksentscheid erklärt

Auswirkungen auf die Themen der politischen Auseinandersetzung werden aber direkt spürbar sein, denn das Ergebnis des Volksentscheides muss als erster gelungener Versuch gewertet werden, das Mittel des Volksentscheides in Schleswig-Holstein für eine demagogische Politik zu nutzen und einen großen Teil der Bevölkerung gegen ihre objektiven Interessen zu mobilisieren. Weitere Versuche werden folgen. *kaq*

Nigerianische Flüchtlinge in Abschiebehaft

HANNOVER. Am 17.9.98 sind sieben nigerianische Flüchtlinge verhaftet worden und in den Abschiebeknast nach Uelzen transportiert worden. Sie mußten sich alle vierzehn Tage bei der Ausländerbehörde melden, bei dieser Meldung wurden sie von der Polizei festgenommen. Sie gehören zu der Gruppe der Nigerianer, deren Asylanträge 1996 abgelehnt wurden und die vor der drohenden Abreise in das Kirchenasyl flüchteten. Sie sind Mitglieder der Nigerian Association in Niedersachsen (NAN).

Die Flüchtlinge bemühten sich um die Einwanderung nach Kanada, zwei der ehemals zwölf Flüchtlinge erhielten die Erlaubnis zur Einreise nach Kanada. Die Behörden argumentieren, daß alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. In einer Presseerklärung der NAN heißt es dazu: „Wir, die Nigerianische Association in Niedersachsen NAN e.V., sind äußerst enttäuscht über die plötzliche Verhaftung von sieben unserer Mitglieder am Donnerstag, den 17.9.98 im Ordnungsamt Hannover. Wir haben immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, die unseren Mitgliedern bei einer Auslieferung in die Hände der Militärjunta drohen, einer Regierung, die bei jeder möglichen Gelegenheit das Blut ihrer Bürger verschwendet. Wir möchten in diesem Zusammenhang noch einmal daran erinnern, daß der jetzt amtierende General Abubakar ein überzeugtes Mitglied der Regierung des verstorbenen Generals Abacha war, der nach seinem Amtsantritt das Dekret Nr. 2 noch nicht außer Kraft gesetzt hat. Ein Dekret, das ihn ermächtigt, die nigerianische Bevölkerung zu unterdrücken.“

In der bürgerlichen Presse wurde anlässlich der Verhaftungen gehetzt, einer der Verhafteten hätte eine große Summe Bargeld bei sich gehabt. Dazu die NAN: „Ferner erklären wir ausdrücklich, daß die bei einem unserer Mitglieder gefundene Geldsumme von 5000 DM kein Privat-eigentum war, sondern unserem Verein gehört. Das besagte Mitglied hatte als Verantwortliche die Organisation eines Seminars übernommen, daß am 19.9.98 im Pavillon Hannover stattfand, er hat in dieser Funktion das Geld verwaltet. Wir haben versucht, die Weiterreise nach Kanada zu organisieren. Dies ist bisher nicht in allen Fällen gelungen, deshalb sind wir jetzt intensiv dabei, die Weiterreise in andere afrikanische Länder vorzubereiten. Deshalb richten wir die Bitte an den Innenminister des Landes Niedersachsen, die Bezirksregierung und die Ausländerbehörde der Stadt, uns noch Zeit zu lassen, daß wir diese Weiterreiseformalitäten zu einem erfolgreichen Ende bringen können.“

Bei einem Treffen am 21.9.98, an dem u.a. Vertreter der Grünen, der LAG Asyl der PDS, Kirchenvertreter, des Unterstützerkreises der nigerianischen Flüchtlinge in Hannover teilnahmen, wurden Aktivitäten gegen die jetzt akut anstehende Abschiebung erörtert. Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Lippelt, hat sich in einem Protestbrief an den Innenminister von Nds. gewendet, es soll versucht werden, vor allem über die Presse Öffentlichkeitsarbeit zu machen, um Politiker und Ämter dazu zu bringen, daß sie einen Aufschub für die Bemühungen der NAN einräumen, Weiterreisemöglichkeiten zu organisieren. Befürchtet wird, daß die Festgenommen in Kürze in die ZAST Langenhagen gebracht werden, dort von einem Angehörigen der nigerianischen Botschaft aus Berlin, die eng mit dem nigerianischen Regime verbunden ist, Papiere erhalten und dann sofort in ein Flugzeug geschafft werden. Trotz der ziemlich aussichtslosen Lage bemühen sich viele Leute über die verschiedensten Kontakte einen Aufschub zu erreichen. Jeden Abend findet ein Treffen statt, um die Lage zu erörtern und die Informationen auszutauschen.

Die NAN ist unter Tel. 0511/7625061 Mo-F. von 11-13.00 Uhr zu erreichen. Weitere Auskunftsstellen: PDS-Büro Hannover, Tel. (0511) 444019.

bee

Für eine ökologische Wende in Berlin

Anfang September veröffentlichten der DGB Kreis Berlin und Berliner Umweltverbände eine gemeinsame Erklärung „für eine soziale und ökologische Politik“ in der Stadt. Hier die Erklärung im Wortlaut.

Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung dürfen nicht länger achselzuckend hingenommen werden. Die Berliner Umweltverbände und der Berliner DGB verlangen daher eine neue Politik für mehr Umweltschutz und mehr Beschäftigung.

Die Unterzeichner dieser Erklärung sind sich dabei einig in der Forderung nach einer sozial-ökologischen Steuerreform. Das Steuer- und Abgabensystem ist schrittweise so umzugestalten, daß der Faktor Arbeit entlastet und der Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen durch die Einführung einer Energiesteuer belastet wird.

Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung und einer nachhaltigen Entwicklung der Regionen ist die Infrastruktur, z.B. in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Verkehr, unter ökologischen und sozialen Aspekten um- und auszubauen.

Ein Umsteuern in der Politik muß insbesondere umwelt- und ressourcenschonende Verkehrssysteme fördern. Die Forschungs- und Technologiepolitik hat die Ziele einer sozial-ökologischen Reformstrategie vorrangig zu unterstützen. Die Fördermittel hierfür müssen kräftig aufgestockt werden.

Für Berlin eröffnen sich durch eine sozial-ökologische Reformpolitik neue Beschäftigungschancen. Bereits vorhandene Arbeitsplätze in Forschungseinrichtungen, in der Bauwirtschaft, in der Metall- und Elektroindustrie (Schienenverkehrstechnik, Schienenfahrzeugbau und Fahrzeugbau) könnten in Berlin zusätzlich gesichert werden, neue Arbeitsplätze in der Umweltschutzindustrie und bei den Umwelt-Dienstleistungen würden entstehen. Schon heute arbeiten über 900.000 Menschen bundesweit in der Umweltschutzindustrie, sie erwirtschaften einen jährlichen Umsatz von 50 Mrd. DM. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kann durch eine ökologische Steuerreform ein Innovations- und Nachfragehub bei Umweltprodukten und Umweltdienstleistungen ausgelöst werden, der innerhalb von 10 Jahren weitere 600.000 Arbeitsplätze schaffen würde. Auch Berlin wird von dieser Entwicklung profitieren.

Die Umweltverbände haben Steuerkonzepte erarbeitet, die sich mit den Forderungen der Gewerkschaften in weiten Bereichen decken. Die Unterzeichnenden fordern die politischen Parteien auf, dazu konkret Stellung zu nehmen und nicht ihre eigenen Beschlüsse, die sie in der Vergangenheit dazu selber gefaßt haben, aus Opportunismus fallen zu lassen. Wir fordern von den Parteien:

- eine Verkehrswende in diesem Land herbeizuführen mit dem klaren Vorrang eines bezahlbaren öffentlichen Perso-

nennahverkehrs mit dem Vorrang des Schienenverkehrs,

- eine Energiepolitik umzusetzen, die Energiesparer belohnt und fördert, die regenerativen Energien aus Sonne, Wind und Wasser fördert und den Ausstieg aus der Atomenergie einleitet,

- eine Steuerreform durchzuführen, die geeignet ist, die Arbeitskosten zu senken und den Umwelt- und Naturverbrauch zu verteuern. Einhergehen mit dieser Steuerreform muß eine Senkung der Sozialabgaben. Aus sozialen wie aus ökonomischen Gründen müssen insbesondere die unteren Einkommen entlastet werden.

Wir erinnern daran, daß sich der Senat von Berlin selber das Ziel gesetzt hat, den Anteil des öffentlichen Nahverkehrs in der Innenstadt auf 80% anzuheben. Außerdem erinnern wir an die Verpflichtungserklärung der Bundesregierung und des Berliner Senats, bis zum Jahr 2008 fünfundzwanzig Prozent des Kohlendioxidausstoßes einzusparen.

Unterzeichner von:

DGB, Kreis Berlin • BUND, Bezirksgruppe Berlin • NABU (Naturschutzbund Deutschland) LV Berlin • BLN (Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz) • IGEB e.V. (Berliner Fahrgastverband) • ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) Berlin e.V. • Förderverein ökologische Steuerreform.

Unterstützer:

Heinrich Böll Stiftung, Greenpeace Berlin, Umweltbeauftragter der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg

76. Riesengebirgstreffen

Antifa-Treffen in Mala Upa

Eigentlich hätten ich es ja wissen müssen, daß man beim 76. Antifa-Riesengebirgstreffen in Mala Upa noch die einzelnen Strophen der „Internationale“ kennen sollte. Denn plötzlich stimmten die um mich stehenden tschechischen Teilnehmer, im Andenken an die von den deutschen Nazis ermordeten Antifaschisten, dieses Lied an und ich mußte mich echt um den genauen Text bemühen.

Es war eine sehr emotional getragene Zusammenkunft am Fuße der Schneekoppe mit tschechischen, slowakischen, polnischen und mehreren deutschen Gruppen von Antifaschisten. Die Grüße der Berliner und Leipziger Teilnehmer überbrachte Klaus Baltruschat von Marzahns „Kleinem Buchladen“ beim Parteivorstand der PDS, der erst vor wenigen Monaten Opfer eines neofaschistischen Anschlags wurde und nur mit



Mühe – unter Verlust eines Armes – überleben konnte.

Übrigens sprach bei dem Traditionstreffen im Jahre 1927 Ernst Thälmann. Im März 1933 unterstützten tschechische Teilnehmer viele von der Verfolgung bedrohte Deutsche beim illegalen Grenzübergang.

Wenn wir es auch nicht schafften, be-

reits bei Sonnenaufgang auf der Schneekoppe (1602 Meter) zu sein, so wagten doch 30 Genossen den beschwerlichen Aufstieg. Sieben Kilometer fast nur Steigung. Alle des Bergsteigens Ungeübten waren an der Leistungsgrenze. Auf dem Gipfel angekommen, war es ein sehr, sehr schönes Erlebnis, nicht zuletzt durch das Zusammengehörigkeitsgefühl über

5 Monate Haft für Totale Kriegsdienstverweigerer Tilman Heller

Am 22. September wurde der Totale Kriegsdienstverweigerer Tilman Heller nach einstündiger Verhandlung am Amtsgericht Berlin-Tiergarten zu einer Haftstrafe von fünf Monaten ohne Bewährung verurteilt. T. Heller und sein Anwalt sind gegen das Urteil in Berufung gegangen.

Richterin Breier fiel bereits durch hartes Durchgreifen gegen Totalverweigerer auf. Am 26. Juni diesen Jahres verhängte sie im Strafverfahren gegen Christof Haug mit elf Monaten Haft ohne Bewährung die höchste Strafe gegen einen Totalverweigerer in Berlin seit Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht ... Prinzipiell wurde auch in diesem Prozeß deutlich, daß sowohl Richterinnen wie Staatsanwältinnen der Argumentation von Totalen Kriegsdienstverweigerern folgen und zustimmen. Trotzdem wird das Strafmaß von Freispruch bis Haftstrafe allein aus Gründen den Generalprävention zu Ungunsten der Verweigerer ausgelegt und eine Verurteilung zu Haftstrafen ohne Bewährung durchgesetzt. Je mehr die allgemeine Wehrpflicht an Akzeptanz verliert, desto eher versuchen die Organe des Staates der steigenden Tendenz der Totalen Kriegsdienstverweigerung mit immer härter werdenden Urteilen entgegen zu treten.

(*Kampagne gegen Wehrpflicht, Berlin, 22.9.98*)

Staatsgrenzen hinweg, getragen von dem Gedanken, daß sich Faschismus und Völkerhaß nicht wiederholen dürfen.

Eingeladen zu dieser Reise hatte das Reisebüro ALLEREISEN Berlin, Reiseveranstalter war Dr. Ernst Wanitschek. Wie das so ist, es gibt zur Zeit ja sehr viele Reiseangebote. Entschieden habe ich mich eigentlich für diese Reise, weil im Angebot stand: „Reisen mit Gleichgesinnten 1998“. Und es war auch so: Man hatte sofort das Gefühl, dazu zu gehören, ob es in dem landschaftlich sehr schön gelegenen großen Hotel „Horal“ in Spindlermühle war, auf der Fahrt zur Vrbatova-Baude in 1400 Meter Höhe, zur Adersbacher Felsenstadt, zur Elbquelle oder zur Nordseite des Riesengebirges, immer gab es den „gleichen Draht“ und interessante Gespräche, so auch mit Dr. Peschow aus Trutnov (Böhmen/Mähren).

Außerdem war das für 7 Tage mit Vollpension und ein umfangreiches, schönes Programm mit 615 DM ein sehr günstiges Angebot.

Bleibt nur zu wünschen, daß sich zum Beispiel zum 77. Antifa-Treffen noch mehr, möglichst auch jüngere Leipziger finden.

(G. Uhlig in: „Leipzigs Neue“, 18.9.1998)

RICHTWERTE FÜR MIETKOSTEN: Hamburg

Hamburg. Die Sozialämter in den Bezirken Nord und Altona weigern sich neuerdings, Mietkosten zu übernehmen, die die kürzlich gesenkten Richtwerte für Mietobergrenzen überschreiten. Viele Altonaer SozialhilfeempfängerInnen haben in den letzten Wochen und Monaten vom Sozialamt die Aufforderung enthalten, die Kosten ihrer Unterkunft durch Untervermietung oder Umzug zu verringern. Ihnen wird sonst angedroht, daß die Miete nicht mehr, bzw. nicht mehr in voller Höhe übernommen wird. So werden möglicherweise ganze Familien von Obdachlosigkeit betroffen und in die Ausgrenzung getrieben. Am 14. 9. Haben VertreterInnen der GAL Altona in einer Flugblattaktion in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Wohnraumversorgung vor dem Sozialamt Altona Betroffene über die neuen Richtlinien und über die Möglichkeiten informiert, sich zur Wehr zu setzen. Die GAL hat in der Bezirksversammlung die Rücknahme der neuen Mietobergrenzen gefordert.

GEGEN PRIVATISIERUNG: Augsburg. Die Mehrheit der Verkehrsbetriebe-Mitarbeiter ist gegen eine Änderung der Rechtsform bei den Stadtwerken. An einer anonymen Befragung der 882 Arbeiter, Angestellten und Beamten durch den Personalrat beteiligten sich 286 Beschäftigte (32,4 %), was als außergewöhnlich hoch eingeschätzt wird. Für die Umwandlung des städtischen Eigenbetriebes in eine Aktiengesellschaft (AG) oder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) stimmten nur zwölf Prozent der Arbeiter und 28 Prozent der Angestellten und Beamten. Alle anderen Befragten votierten für eine Fortführung der Stadtwerke als städtischer Eigenbetrieb. Dabei, so der Personalrat, hätten rund 75 Prozent Angst um den Arbeitsplatz als Argument gegen die Privatisierung genannt.

KOMMUNALWIRTSCHAFT: Karlsruhe. Der Deutsche Städtetag hat von Bund und Ländern eine Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten für die Kommunen gefordert. Widersprüchliche Wettbewerbsbedingungen in den Gemeindeordnungen, im Steuerrecht und in den Fachgesetzen müßten beseitigt werden. Kommunen müßten auch über ihre Grenzen hinaus Dienstleistungen anbieten können. DST-Präsidentin Roth (CDU) sagte, die Situation der Städte verschlechtere sich weiter dramatisch, und die städtische Wirtschaft leiste einen unverzichtbaren Beitrag zur Finanzausstattung der Kommunen. Die Öffnung des Energie- und des Abfallmarktes habe zu privater Konkurrenz geführt. Während z. B. Stromversorgungsunternehmen aus

dem Ausland lukrative Großkunden einer deutschen Stadt versorgen könnten, hinderten die Gemeindeordnungen die Stadtwerke daran, über die Gemeindegrenzen hinaus gleichberechtigt am Wettbewerb teilzunehmen.

„STANDORT INNENSTADT“: Köln. Lovro Mandac, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG) und Vorstandsvorsitzender der Kaufhof Warenhaus AG, droht den Kommunen mit der Abwanderung der Kaufhäuser auf die „grüne Wiese“, wenn nicht die Probleme gelöst würden, die den Einzelhändlern auf der Seele brennen: Insbesondere das Drogenproblem werde von den Kommunen durchweg ignoriert. Weiter störten „aggressives Betteln“, „alkoholisierte Gruppen“, Taschendiebe und Verunreinigungen der Cities den ungetrübten Kaufrausch in den Innenstädten. Ferner forderte er: keine autofreien Innenstädte, niedrigere Parkgebühren und nur „maßvolle“ Verkehrsberuhigungen. Ein besonderer Standortnachteil für die Innenstädte seien die Stellplatzablösungen, die die Warenhäuser zahlen müßten, wenn sie nicht die entsprechend ihrer Verkaufsfläche festgelegte Zahl von Parkplätzen schafften.

„RUND UM DIE UHR“? Düsseldorf. Der neue Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Norbert Spinrath, hat Städte und Gemeinden aufgefordert, ihre Aufgaben rund um die Uhr zu erfüllen. Im Gesetz stehe nicht, daß die Kommunen nach 16 Uhr und an Wochenenden aus ihrer Pflicht entlassen seien. Jugend-, Sozial- und Ordnungsdienste seien auch außerhalb der normalen Dienstzeiten gefordert, zu helfen und öffentliche Mißstände zu beseitigen. „Wir brauchen kommunale Ordnungsdienste, die in den Straßen und auf öffentlichen Plätzen die Ordnung in dem gewünschten Maße aufrechterhalten oder wiederherstellen“, sagte Spinrath.

LÖCHER KLEINER: Wiesbaden. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes sind die Löcher in den deutschen Gemeindekassen im ersten Halbjahr 1998 im Bundesdurchschnitt kleiner geworden. Das Finanzierungsdefizit ohne die Stadtstaaten habe in den ersten sechs Monaten 1,3 Mrd. DM betragen. Das seien 2,5 Mrd. DM weniger als im Vorjahreszeitraum. Während in Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern Überschüsse erzielt worden seien, habe sich das Defizit in den übrigen Ländern nur gering verringert oder sogar leicht erhöht. Insgesamt hätten die Kommunen bis zum Juni 128 Mrd. DM ausgegeben, 1,4 % weniger als von Januar bis Juni 1997.

Zusammenstellung: ulj

STREIK BEENDET.

Mehrheitlich haben die ÖTV-Mitglieder der Verkehrs betriebe Brandenburg (VBB) in einer Urabstimmung für die Beendigung des Streiks votiert und somit für die Annahme des Verhandlungsergebnisses (vgl. die letzte Ausgabe der Politischen Berichte). Nach elftägigem Streik, der seitens des städtischen Arbeitgebers mit allen Härten angegangen wurde (Aussperrung aller Beschäftigten, Klage vor Gericht, Versuch von Streikbrechereinsatz aus dem Nachbarland), wurde ein Kompromiß ausgehandelt, der für beide Seiten Nachgeben bedeutet: Das Ansinnen der Arbeitgeber auf Kürzungen in Höhe von 3,7 Mio. Mark beim Personal konnte zurückgewiesen werden. Die Beschäftigten müssen jetzt „nur“ Kürzungen in Höhe von rund 1 Mio. Mark in Kauf nehmen – durch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und Reduzierung der Fahrdienstzulage. Als Gegenleistung gewährt der Arbeitgeber eine Beschäftigungssicherung bis Juni 2001. Er bleibt außerdem Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (VKA).

TARIFVERTRAG FÜR EIN WEITERES JAHR GESICHERT:

Die Fenster beim Wissenschaftsminister Radunski putzten studentische Beschäftigte am 3. September, um darauf hinzuweisen, worauf seine Vorschläge hinauslaufen: auf ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse für 620 bzw. 520 Mark (siehe Bild).

Radunski will den Tarifvertrag für studentische Beschäftigte kündigen. Da er dies nicht selbst tun kann, versucht er Druck auf die Berliner Hochschulen im Rahmen der Neuverhandlung der Hochschulverträge auszuüben (vgl. Politische Berichte 16/98). Diese sind unterschied-

licher Meinungen. Einerseits sind sie über Radunskis Erpressungsversuch verärgert, andererseits tendieren sie selbst in Richtung Deregulierung der Arbeitsverhältnisse.

Aufgrund des inneren wie äußeren Drucks hat sich die Landesrektorenkonferenz (in ihr sind alle Berliner Hochschulen mit Personalhoheit vertreten) jetzt gegen die Kündigung des Tarifvertrages zum 30.9.98 ausgesprochen. In ihrem Beschuß vom 24.9. fordern sie jedoch das Land Berlin auf, seinerseits Voraussetzungen zu schaffen, damit eine Tarifvertrag kündigung sinnvoll ist. So sind nämlich Mindestumfang (bezogen auf die monatliche Arbeitszeit) und Vertragsdauer im Berliner Hochschulgesetz festgeschrieben, während der eigene Tarifvertrag TV Stud insbesondere die Stundenvergütung sowie soziale Zusatzleistungen (in Anlehnung an den BAT) vorschreibt. Abschaffen wollen die Hochschulleitungen auch die Festschreibung eines eigenen Personalrates der Tutoren im Personalvertretungsgesetz des Landes Berlin.

Einig sind sich Radunski und die Hochschulleitungen darin, daß sie diese „Reglementierungen“ abschaffen und die vorhandenen Mittel „effizienter“ einsetzen wol-

len: kurze Laufzeiten, Stundenumfang nach Belieben und vor allem Bezahlung nach Marktlage. Während der Senator von Kürzungen um rund 25 % ausgeht und dafür 450 neue Stellen schaffen will (was er gar nicht kann, weil dies die Hochschulen autonom entscheiden), haben die Hochschulen vor, die Bezahlung je nach wissenschaftlicher Disziplin vorzunehmen. Studentische Beschäftigte in den Geistes- und Sozialwissenschaften sollen demnach weniger, solche in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern dagegen mehr erhalten, werden letztere doch jetzt schon von der Industrie abgeworben. Im Endergebnis würde es deshalb nicht mehr Beschäftigung geben, dafür aber unterschiedliche Bezahlung für gleiche Arbeit.

Das lehnen die Gewerkschaften ÖTV und GEW strikt ab. Die von den Hochschulen angebotenen Gespräche bei laufendem Tarifvertrag werde man nicht ablehnen, Änderungen nur zu Lasten der studentischen Beschäftigten jedoch nicht akzeptieren.

Für das kommende Jahr schlägt die ÖTV einen Kongreß zu „30 Jahre Tutorenmodell in Berlin“ vor. In Berlin gibt es derzeit noch 4630 studentischen Beschäftigten.

STREIK BEI NANZ NACH SECHS WOCHEN ZU ENDE.

Der längste Streik in der Geschichte des bundesdeutschen Einzelhandels ist nach sechs Wochen Streik von der HBV beendet worden. Anlaß war die Übernahme von 44 Nanz-, Allfrisch- und Preisfix-Lebensmittelmarkten durch Edeka. Die HBV befürchtete die Schließung von Filialen und Entlassungen. Die HBV und die zuletzt 100 Streikenden von neun Nanz-Filialen in Mannheim konnten gegen die übermäßig hart agierende Edeka-Geschäftsleitung einen wichtigen Erfolg ersteiten, der allerdings von dicken Wermutropfen getrübt ist. Der erfolgreiche Kampf wurde entscheidend erschwert durch das unsolidarische Verhalten der Mehrheit der Edeka-Betriebsräte, die der DAG angehören. Die Streikenden nahmen am 8. September die Arbeit wieder auf, nachdem sie auf einer Streikversammlung das ausgetriebene Ergebnis einstimmig angenommen hatten.

Die zwei dicken Wermutropfen für die Nanz-Beschäftigten: Einerseits konnten sie sich nicht mit der Forderung des Erhalts des Nanz-Betriebsrates durchsetzen, andererseits werden nun sieben der neun bestreikten Nanz-Filialen geschlossen. In

der Öffentlichkeit behauptet die Edeka-Geschäftsleitung frech, daß die Schließungen Ergebnis des „unverschämten“ HBV-Streiks seien. Als ob die Schließungen nicht schon von langer Hand geplant waren!

Die Erfolge sind: • Die fristlosen und fristgerechten Kündigungen werden zurückgenommen. • Die Beschäftigten der geschlossenen Filialen werden in andere versetzt. Der Sozialplan wird bis um 30.6.2001 verlängert. • Verbesserung bei Härtefällen und der Zumutbarkeit bei Versetzungen. • Niemand darf wegen der Beteiligung am Streik gemäßregelt werden. • Edeka/Neukauf zieht die Schadensersatzklage gegen die HBV endgültig zurück.

(scr)
Zusammenstellung:
alk, har



Festgeldforderung: 340 Mark mehr !

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst möchten wir uns herzlich bedanken für Euer Antwortschreiben vom 9.9.1998. Über die Klarstellung „Keine erfolgsorientierten tariflichen Vergütungsbestandteile“ haben wir uns sehr gefreut.

Seitens der Ortsverwaltung wurde in der Funktionärskonferenz am 15.9.1998 dazu aufgerufen, in den Betrieben die Debatte und Aufstellung der Forderung für die Lohn- und Gehaltsrunde 1998/99 einzuleiten. Nach einer ersten Vertrauenskörpersitzung und einer anschließenden einwöchigen Diskussion in den Abteilungen unter den Kolleginnen und Kollegen sind wir in der heutigen VK-Sitzung zu folgendem Ergebnis gekommen: (...)

Wir möchten Euch im Hinblick auf die am 13.10.1998 vorgesehene Forderungsempfehlung des Vorstands unseren Standpunkt zu Volumen und Struktur der Tarifforderung mitteilen:

1. Wir sind der Ansicht, daß wir im Hinblick auf die Reallohn situation, durch sogenannte Basiseffekte noch geschönte Inflationsrate sowie immens hochgeschlechte Produktivitäts- und Gewinnraten im Forderungsvolumen auf keinen

Metall Ost

Gute Geschäftslage – Ruhe an der Tariffront

Die seit dem Frühjahr ausgerufene „neue Partnerschaft“ zwischen den Tarifverbänden der Metallindustrie und der Industriegewerkschaft Metall verfestigt sich.

Grundlage sind die im großen und ganzen sehr guten Wirtschaftsdaten der deutschen Metallindustrie insbesondere hinsichtlich des Exports, sind also Erfolge gegenüber der internationalen Konkurrenz. Da schwimmt die IG Metall nur allzu gerne mit.

Die Funktionäre des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall kennen überdies den inneren Zustand der IG Metall nur zu genau. Spätestens seit der Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung wissen sie, daß die IG Metall sehr wohl zu kämpfen vermag, wenn existentielle Fragen der Belegschaften berührt sind. Sie wissen jedoch ebenso gut, daß die Gewerkschaft nicht für jedes Ziel gleichermaßen Mobilisierungskraft besitzt. In Kenntnis dieser Lage konnten sie dem Vorstand der IG Metall den Verzicht auf die 35-Stundenwoche bis zum Ende des Jahres 2000 für die ostdeutschen Tarifgebiete abkaufen für die Zusicherung, je-

Fall unter 8% Erhöhung der Tariflöhne und Gehälter gehen sollten.

2. Für genauso wichtig halten wir, dem Gedanken einer solidarischen Tarif- und Einkommenspolitik in der anstehenden Tarifrunde verstärkt Rechnung zu tragen. Daher schlagen wir vor, die Tarifforderung für alle gleich als Festgeldforderung zu erheben:

Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um einheitlich 340 DM im Monat! Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 100 DM im Monat!

Im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden dürfte das derzeitige durchschnittliche tarifliche Eingruppierungsniveau aller (statistisch erfaßten) Arbeiter/innen bei rund 3 370 DM im Monat liegen (nackter Tariflohn ohne Leistungszulagen bzw. Leistungslohnbestandteile), bei den Angestellten um die 5 540 DM. Während sich der (gewichtete) durchschnittliche Leistungsbestandteil im gewerblichen Bereich bei rund 33,5% bewegt, sind es bei den Angestellten im Schnitt etwa 17,7%. Auf alle Beschäftigten gesehen dürfte der Tarifgrundlohn/-gehaltsdurchschnitt damit z.Zt. runde 4 270 DM betragen, der durchschnittliche Leistungsbestandteil auf ca. 25%.

ne Tarifgebiete nicht zusätzlich auch noch weiter finanziell abzukoppeln. Der Kompromiß für die ostdeutschen Tarifgebiete wird von den Gewerkschaftsfunktionären nicht in Frage gestellt. Es ist sogar Erleichterung spürbar, in der jetzigen Lage nicht für das Ziel „Arbeitszeitverkürzung“ mobilisieren zu müssen.

In diesen Tagen diskutieren die regionalen Tarifkommissionen in der ganzen Republik die Forderungen für die Lohn- und Gehaltstarife, die Ende des Jahres auslaufen. Und auch hier ist eine Einiung ohne Streik möglich. Gegenwärtig liegen die bekanntgewordenen Vorstellungen in der IG Metall bei einem Forderungsvolumen zwischen sechs und acht Prozent.

Gesamtmetall ließ durch ihren Vorsitzenden Stumpf einen Rahmen von bis zu vier Prozent in die Debatte bringen.

Harald Schartau bot als Bezirksvorsitzender der IG Metall in NRW den Arbeitgebern bereits eine „schnelle Tarifrunde“ an. Auf den Austausch von Wirtschaftsdaten könne man verzichten. Die Arbeitgeber sollten sogleich ein Angebot vorlegen. Harald Schartau ließ sich vom Handelsblatt zitieren mit den Worten: „Ziel muß es sein, ein Ergebnis zu bekommen, über das sich alle freuen können.“ (brr)

Am 23. September diskutierten die Vertrauensleute der Firma Haldex Bremsen in Heidelberg über die bevorstehende Tarifrunde. Das Ergebnis ist in dem nachfolgend dokumentierten Brief an den IG Metall Vorstand, an die Bezirksleitung und die Tarifkommission festgehalten. Auch in anderen Betrieben Baden-Württembergs wurden Forderungen mit „sozialer Komponente“ und in ähnlicher Höhe diskutiert.

Die von uns vorgeschlagenen 340 DM entsprechen somit bezogen auf die 4 270 DM im Volumen in etwa 8% ...

Effektiv betrachtet (inklusive Leistungsbestandteile) beläuft sich die Differenz zwischen Arbeiter/innen und Angestellten in Nordwürttemberg/Nordbaden derzeit im Schnitt auf 2 010 DM im Monat ... Bei der vor uns liegenden weiteren Auseinandersetzung, der Durchsetzung des gemeinsamen Entgeltrahmentarifvertrages (ERTV) bzw. der angestrebten tariflichen Angleichung der Arbeiter/innen wird sich dies mit Sicherheit als eine der schwersten Hürden erweisen.

Um so mehr erscheint es uns notwendig, hier bereits mittels der genannten Festgeldforderung einen ersten Schritt vorab zu erreichen. Mit z.B. 8% würde die Differenz zwischen niedrigster und höchster Tarifgruppe nochmals um 361 auf 4 863 DM ansteigen. Mit 340 DM als Forderung würde dagegen die momentane Spanne im durchschnittlichen Tarifniveau zwischen Arbeiter/innen und Angestellten immerhin um etwa 5,8% verringert ...

Mit solidarischen Grüßen, Vertrauenskörper, Betriebsrat Haldex Bremsen.

,Keine erfolgsorientierten tariflichen Vergütungsbestandteile“

Flächentarif:

Wir haben in der vorigen Ausgabe den Brief der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Firma Haldex Bremsen, Heidelberg, an den Vorstand der IG Metall dokumentiert. Darin äußerten die Vertrauensleute Besorgnis, daß die IG Metall auf sogenannte erfolgs- und leistungsorientierte Vergütungssysteme im Tarifvertrag, wie sie die Kapitalisten fordern, einschwenkt. Berthold Huber vom IG-Metall-Vorstand hat jetzt geantwortet:

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Firma Haldex Bremsen,
vielen Dank für Euer Schreiben, in dem ihr uns die Meinung Eures Vertrauenskörpers zu erfolgsorientierten tariflichen Einkommensbestandteilen und Eure Sorgen mitteilt, die sich Euch anläßlich einer Aussage des Präsidenten der Metallarbeitgeber in NRW und Vizepräsidenten von Gesamtmetall, Martin Kannegießer, aufdrängen.

Wie im „Handelsblatt“ vom 30.7.1998 zitiert, sieht Herr Kannegießer die Vereinbarung von erfolgsorientierten Vergütungsbestandteilen als zentrales Element einer Reform des Flächentarifvertrages. Unsere Bezirksleitung in NRW hat bestätigt, daß Herr Kannegießer dieses The-

ma in die Verhandlungen um die Reform des Flächentarifvertrages in NRW eingebracht hat. Auch in anderen Zusammenhängen und Fällen wird diese Forderung gegenwärtig von Arbeitgeberseite auf die Tagesordnung gesetzt.

Für die IG Metall sind gewinn- oder ertragsabhängige Einkommensbestandteile kein Thema der Reform der Flächentarifverträge. Dies gilt auch für die von Euch angesprochenen Verhandlungen über Entgeltrahmentarifverträge in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg. Wir und die Kolleginnen und Kollegen in den Bezirken, die zur Zeit die Verhandlungen über Entgeltrahmentarifverträge vorbereiten, halten daran fest, daß unsere Flächentarifverträge auch in Zukunft verlässliche Grundlagen für die Einkommen der Beschäftigten bieten müssen.

Wir stimmen mit Euch darin überein, daß in den Fällen, in denen Unternehmen besonders hohe Gewinne machen, diese keineswegs daran gehindert werden, übertarifliche Leistungen zu erbringen. In diesem Zusammenhang stellen wir fest, daß die Fälle zunehmen, in denen wir von Betriebsräten aus Unternehmen mit guter Geschäftsentwicklung um Rat gefragt werden, wie denn Regelungen aussehen könnten, die übertarifliche Einkommensbestandteile abhängig von Erfolgsgrößen regulieren. Hier besteht offensichtlich ein Beratungsbedarf, um „handwerkliche“ Fehler zu vermeiden.

Klar ist, und von den Arbeitgebern wird dies auch offen ausgesprochen, daß bei negativen Unternehmensentwicklungen, erfolgsbezogene Einkommensbestandteile eingeschmolzen werden. Um unvertretbare Einkommenseinbußen zu vermeiden, dürfen aus unserer Sicht bislang über Flächentarifverträge gesicherte Einkommen nicht in variable, ertragsbezogene und damit ungesicherte Einkommensbestandteile umgewandelt werden. In diesem Sinne bestätigen wir den von Euch zitierten Satz aus unserem Papier „Den Flächentarifvertrag gestalten“ ausdrücklich: „Im Flächentarifvertrag müssen auch zukünftig die Mindestbedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft abschließend geregelt werden. Tarifvertragsansprüche sind Mindestbedingungen, unterliegen der Sperrwirkung des § 77 Abs. 3 BetrVG und dürfen durch betriebliche Regelungen nicht unterboten werden“. Nur der Vollständigkeit halber füge ich noch hinzu, daß dies natürlich nicht ausschließt, daß die Tarifparteien – wie bisher auch – für Betriebe in ausgewiesenen Notsituationen, Sonderfallregelungen abschließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hoffen, daß Ihr auch in Zukunft wichtige gewerkschaftspolitische Themen so engagiert wie in diesem Fall diskutiert und uns Eure Positionen mitteilt.

Mit freundlichen Grüßen

Industriegewerkschaft Metall
Abteilung Tarifpolitik
Berthold Huber

Winfried Wolf, MdB PDS, 18.9., Hauptversammlung der Daimler Benz AG

„Projekt Daimler-Chrysler: aggressive Strategie“

Am 18. September fand die außerordentliche Hauptversammlung der Daimler Benz AG statt mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: Übernahme des US-Autokonzerns Chrysler durch die Daimler Benz AG. Da hier ausschließlich die Summe des eingesetzten Kapitals zählt, waren die Mehrheiten von vornherein klar. Neben anderen kritischen Aktionären sprach auch Winfried Wolf.

Ich spreche hier als kritischer Aktionär, als Antragsteller gegen die Übernahme des US-amerikanischen Autoherstellers Chrysler durch die Daimler-Benz AG und als Bundestagsabgeordneter und verkehrspolitischer Sprecher der PDS.

Dieses Projekt läßt sich aus verschiedenen Blickrichtungen kritisch bilanzieren.

Da gibt es die Kritik aus Umweltsicht: Noch mehr Spritfresser, noch mehr Setzen auf den motorisierten Individualverkehr, noch weniger Gewicht des Bussektors, der Bahntechnik (Adtranz) und damit des öffentlichen Verkehrs im neuen Unternehmen. Ich teile diese Kritik.

Sodann gab es Kritik aus ethischer und moralischer Sicht. Mit Daimler-Chrysler wird offensichtlich auch ein Spitzeneinkommen von Jürgen Schrempp von drei Millionen Mark jährlich – also das Hundertfache einer alleinerziehenden Mutter an der Aldi-Kasse – nicht mehr als ausreichend erachtet. Es soll nun Chrysler-Niveau – 20 Millionen Mark im Jahr – erreicht werden.

Interessant finde ich in diesem Zusammenhang das Argument, das dazu Bob Eaton vortrug. Wenn man an ein und demselben Vorstandstisch sitze und die gleiche Leistung bringe, könne es keine Einkommensdifferenz mehr geben. Da müsse die Angleichung nach oben kommen.

Ein schönes Beispiel, wie verschieden die Welten sind. Während es oben keine Einkommensdifferenzen geben darf und Gleichmacherei gepredigt wird, gibt es solche natürlich unten: in den Daimler- und Chrysler-Werken – und zwar durchaus auch für die gleiche Leistung. Allein die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen liegt durchschnittlich bei rund 30 Prozent. Und während oben im Management die Einkommen an das höchste Niveau angeglichen werden, wird unten in den Daimler- und Chrysler-Betrieben, wenn denn angeglichen wird, zumeist nach unten angeglichen.

Ich teile also auch diese Kritik, zumal das neue Schrempp-Gehalt ja auch neue maßlose Maßstäbe für das gesamte Management in deutschen Konzernen, Ban-

ken und Versicherungen setzen wird.

Die Kluft zwischen arm und reich wird sich damit also bundesweit weiter öffnen.

Weiterhin gibt es Kritik aus Belegschaftssicht. Der neue Konzern, so Betriebsräte und Vertrauensleute, werde eine Rationalisierungswelle auslösen und Zehntausende Jobs gefährden, damit werde die Standortkonkurrenz verschärft und Belegschaften würden gegeneinander ausgespielt.

Auch diese Kritik ist vollauf berechtigt. Dazu eine präzise Frage an Herrn Schrempp. Können Sie den Beschäftigten eine einzige Großfusion im Fahrzeugbau der letzten zehn Jahre nennen, bei welcher die Gesamtbelegschaft nach der Übernahme nicht abgebaut wurde?

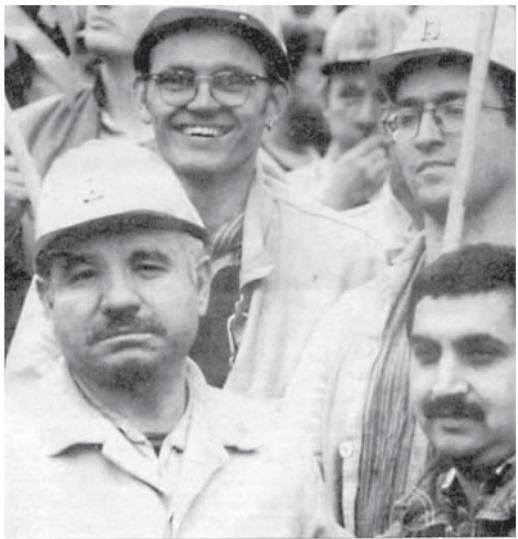
Stichworte: VW-Seat, VW-Skoda, BMW-Rover, GM-Saab, Chrysler-American Motors, Ford-Jaguar, Fiat mit Lancia und Alfa Romeo...

Und es gab Kritik hinsichtlich der schieren Größe und der Hybris des Projekts Daimler-Chrysler. Ein Konzern mit 420000 Beschäftigten und 2 Milliarden Mark Umsatz sei nicht nur nicht gesellschaftlich kontrollierbar. Dieser, so diese Kritik, sei auch nicht mehr beeinflußbar – nicht durch Belegschaften, nicht durch Regierungen, nicht durch Verbraucherschutz- oder Umweltverbände. Ein solcher Gigant setze sich selbst Recht und Gesetz – das Gesetz des Dschungels, das Recht des Stärksten.

Auch diese Kritik trifft meines Erachtens ins Schwarze. Ein gutes Beispiel dafür ist heute bereits das wichtigste DASA-Projekt, das alte-neue superteuere Kampfflugzeug: Obwohl der Anlaß für den Flieger, der Warschauer Pakt, entfiel bzw. implodierte, wird er gebaut. Und die Daimler-Lobby in Bonn erreichte in den letzten Monaten, daß alle entsprechenden Verträge noch vor dem Wahltag am 27. September unter Dach und Fach gebracht werden. Allerdings leistete man sich einen neuen Tarnanstrich: „Taiphoon“ heißt seit ein paar Tagen der ehemalige „Eurofighter“, der wiederum zuvor als „Jäger 90“ bezeichnet worden war.

Auch hier eine präzise Frage an Sie, Herr Schrempp: Kann der Souverän, die Wählerschaft, am 27. September den Eurofighter bzw. Taiphoon abwählen? Kann eine rot-grüne Regierung das Projekt noch stoppen?

Ich möchte das Projekt Daimler-Chrysler jedoch noch aus einem sehr spezifischen Grund kritisieren. Diese Hauptversammlung sollte m.E. auf den Zusammenschluß verzichten als Tribut an die spezifische Geschichte des Daimler-



Benz-Konzerns im Dritten Reich. Im verbleibenden Konzern – ohne Chrysler – sollte die Summe, die das Projekt Daimler-Chrysler an Kosten verursachen würde, in vollem Umfang eingestellt werden für eine substantielle Wiedergutmachung für die Verbrechen, für die der Daimler-Benz-Konzern Mitverantwortung trägt und von denen er in den Jahren 1933 bis 1945 in hohem Maß profitierte.

Dies möchte ich dreifach begründen:

1. Das Projekt Daimler-Chrysler ist nicht, wie vom Vorstand irreführend dargestellt, eine Fusion, es ist kein „Zusammenschluß von Gleichberechtigten“. Die New York Times zum Beispiel spricht schlicht von einem „takeover“, von einer Übernahme (11.5.). Und die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.8.1998 weiß – ich zitiere –, daß „Daimler faktisch den amerikanischen Autohersteller Chrysler übernehmen wird“.

Damit entpuppt sich das Projekt Daimler-Chrysler als Teil einer aggressiven Unternehmensstrategie des deutschen Konzerns Daimler-Benz bzw. der in diesem maßgeblichen Deutschen Bank. Das glatte Gegenteil von Internationalismus ist angesagt.

Und auf solche nationale aggressive Unternehmensstrategien gab es mittelfristig noch immer eine ebensolche nationalistische Antwort. Eine solche Antwort in der nordamerikanischen Öffentlichkeit könnte sein, Parallelen zwischen dem Expansionsdrang des Daimler-Benz-Konzerns in der Nazi-Zeit und den aktuellen Vorgängen zu ziehen.

Das Wall Street Journal hat bereits solche Parallelen gezogen und darauf verwiesen, daß die Wirtschaftsgeschichte von Daimler-Benz nicht vom Markt, sondern vom Staat, und hier vor allem vom NS-Staat bestimmt worden sei.

2. Nach einer Übernahme von Chrysler durch Daimler hat das jetzige Management von Daimler das nächste strategische Großprojekt im Rüstungs- und Luftfahrtsektor angesiedelt. Der nunmehr in ganz Europa übermächtige Konzern Daimler-Chrysler will die Zusammenfassung der europäischen Rüstungs-

und Luftfahrtindustrie – namentlich ein Aufgehen von British Aerospace, von der französischen Aerospatiale, der spanischen CASA und der DASA in einem EU-Luftfahrt- und Rüstungskonzern betreiben. Dieses Unternehmen soll „privat“ organisiert sein, wobei rund 80 Prozent des Umsatzes aus Steuer-Subventionen – Rüstungsaufträgen – kommen werden. „Privat“ heißt unter den gegebenen Bedingungen, daß das Unternehmen dann maßgeblich im Zeichen des Daimler-Sternes stehen. Dieser wird dann wieder so dreifach und zackig buchstabiert werden, wie dies ursprünglich der Fall war: zu Lande, zu Wasser und in der Luft (militärisch) aktiv.

3. All dies erfolgt zu einem Zeitpunkt, wo die Geschichte der Zwangsarbeit in deutschen Unternehmen in der NS-Zeit zum ersten Mal in breiter Form diskutiert wird. Es erfolgt zu einem Zeitpunkt, wo die Forderungen überlebender Zwangsarbeiter bei Daimler erstmals bei US-Anwälten mit erheblichen Aussichten auf juristischen Erfolg vorgetragen werden.

Ich behaupte: Sie, Herr Schrempp, und Sie, Herr Kopper, ahnten als die Pläne Alpha – eine mögliche Verbindung Daimler mit General Motors – und Beta – die angedachte Fusion Ford mit Daimler – durchspielen und sich dann für den Plan Gamma, die Übernahme Chryslers durch Daimler, entschieden, die fatale historische Dimension dieser Expansion.

(aus Zeitgründen war die gehaltene Rede gegenüber dem hier wiedergegebenen Manuskript gekürzt)

Dienstleistungsgewerkschaft

Kein Interesse bei den Mitgliedern?

Am 17.9.98 waren alle Vertrauensleute der ÖTV-Kreisverwaltung Stuttgart/Böblingen zur Funktionärsversammlung eingeladen. Gekommen sind lediglich ca. 0,6% der 1600 Einladungen, stellte der Kreisvorsitzende Brinkmann bedauernd fest. Schon diese Tatsache allein zeige die Notwendigkeit der Diskussion über neue Strukturen der Gewerkschaft. Er meinte damit die Auseinandersetzung um die Gründung einer Dienstleistungsgewerkschaft, was Hauptthema der Konferenz war. Zu diesem Thema war der stellvertretende Vorsitzende der ÖTV, Wolfgang Warburg, anwesend. Er berichtete, daß bisher fünf Gewerkschaften bereit seien, sich zu einer Dienstleistungsgewerkschaft zusammenzuschließen. Dazu wurde eine Plattform erarbeitet, die die damit verfolgten Ziele festlegt. DAG, DPG, GEW, HBV, IG Medien und ÖTV billigten diese Plattform. Die GEW, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften, ist in-

zwischen ausgestiegen. Jetzt geht es um die festzulegenden inneren Grundstrukturen, mit der die neue Organisation aufgebaut werden soll. Dazu sind Mitglieder und Vertrauensleute gefragt.

Das Interesse an einer solchen Diskussion kann man auch an der Beteiligung bei der Konferenz ablesen. Mehrere Vertrauensleute begründeten die mangelnde Bereitschaft mit Kritik an der üblichen Vorgehensweise: Erst wird in den höheren Gremien beschlossen, dann soll „unten“ diskutiert werden.

mok

IG Metall München

Streik bei Compaq Digital

80 Prozent aller DEC-Beschäftigten, die am 2. September in den Büros erreichbar waren, beteiligten sich am Warnstreik. Ein toller Erfolg, meinen IG Metall und Gesamtbetriebsrat.

Insgesamt legten mehr als 700 Beschäftigte die Arbeit nieder – das ist ein Drittel aller DEC-Arbeitnehmer. Die IG Metall und der Gesamtbetriebsrat haben bewiesen, daß sie sich gegen die Kahlgeschlagspolitik des neuen Managements wehren wollen – und können. Die Hoffnungen, die Übernahme von DEC durch Compaq würde auch für die Beschäftigten gute Aussichten mit sich bringen, wurde getäuscht. Der gute Start wurde vom Management in Frage gestellt, die Motivation der Beschäftigten tendiert gegen null. Mitte Juni hatte die Compaq Computer Corporation die Übernahme der Digital Equipment Corporation in den USA vollzogen. Das anschließende durch Compaq neu eingesetzte Management der deutschen Tochter von Digital plante, bis zu 850 der 2435 Arbeitsplätze – das sind 35 Prozent – abzubauen – und zwar durch Verkäufe von Abteilungen, Abteilungsschließungen und Einfrieren von Stellen. Selbst funktionsfähige und, wenn auch sanierungsbedürftige aber doch zukunftsträchtige Bereiche etwa im Dienstleistungs- und Vertriebsbereich sollen dabei aufgegeben oder verkauft werden. Auch sollen an mehreren Standorten ganze Abteilungen geschlossen werden. Grund für Compaq, die Firma Digital Equipment Corporation zu erwerben, war der Einstieg ins profitable und wachstumsstarke Dienstleistungsgebäude. Eben da sollen nun die Einsparungen beginnen. Aus der Sicht von IG Metall und Gesamtbetriebsrat macht das keinen Sinn. Deshalb: Warnstreiks! Die Beschäftigten sind entschlossen, ihre Arbeitsplätze zu verteidigen. IG Metall und Betriebsrat sind bereit, an einem Sanierungs- und Integrationskonzept mitzuarbeiten. Motto: Statt Abwracken die Stärken des Unternehmens erhalten und ausbauen.

Vor etwa 80 Zuhörern fand am Freitag, 18.9.1998, im Münchner Gewerkschaftshaus die Veranstaltung „Das Münchner Abkommen von 1938 – eine Hypothek, die endlich getilgt werden muß“ statt. Eingeladen hatte die Initiative „Setkáni-Treffen deutscher und tschechischer Linker“ aus Anlaß des 60. Jahrestages des sog. Münchner Abkommens. Nach der Begrüßung durch Corinna Poll sprach Prof. Horst Schneider aus Dresden, der sich als Historiker intensiv mit der Politik des Deutschen Reiches sowie der beiden deutschen Staaten nach 1949 gegenüber den östlichen Nachbarländern befaßt hat. Als Mitglied der Sächsischen Friedensinitiative ist ihm auch die aktive Unterstützung positiver Entwicklungen in den deutsch-tschechischen Beziehungen ein Anliegen. Prof. Schneider begründete nicht nur, warum das Münchner Abkommen als unvereinbar mit dem Völkerrecht und „ungültig von Anfang an“ zu betrachten ist – „Staatenmord ist im Völkerrecht nicht vorgesehen“, sagte er – sondern stellte auch die Frage, warum nicht schon die Adenauer-Regierung „in dieser lebenswichtigen Frage in einen konstruktiven Wettbewerb“ mit der Regierung der DDR trat (mehr darüber siehe Referat-Text, den wir hier dokumentieren).

Die tschechischen Referenten – gekommen war der Parlamentsabgeordnete Jiri Mastalka, begleitet vom Sekretär der Ver-

einigung der 1938 aus den Grenzgebieten vertriebenen Bürger der CSR, Pawel Machácek, einem ehemaligen Häftling des KZ Flossenbürg – erinnerten an das Zusammenwirken von Hitler-Regierung und Sudetendeutscher Partei bei der Vernichtung der Tschechoslowakei und an die Pläne Hitlers zur Ausrottung des tschechischen Volkes. Danach sei ein Zusammenleben nicht mehr möglich gewesen. Heute müsse es vor allem darum gehen, daß sich auf internationaler Ebene nicht Einwohnerzahl und ökonomische Stärke durchsetzen, sondern auch kleineren und ökonomisch schwächeren Ländern gleiche Rechte eingeräumt werden.

Die PDS-Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter zeigte am Beispiel der deutsch-tschechischen Irritationen der letzten Wochen – Stoiber, Waigel und Kohl hatten von dem tschechischen Ministerpräsidenten Zeman gefordert, er solle sich für eine kritische Äußerung bezüglich der Sudetendeutschen Landsmannschaft entschuldigen, und die bayerische SPD-Abgeordnete Renate Schmidt hatte sich dieser Forderung angeschlossen –, daß „in wichtigen Fragen der Außenpolitik die Interpretationsmacht der Rechten ungebrochen“ ist. „Man hätte erwarten können“, so Bulling-Schröter, „daß die Abmahnung Zemans ... auf Proteste der Linken stößt. Aber das war nicht so. (...) Die öffentliche Meinung, die Stimmung in der BRD ist

äußerst anfällig für eine Politik der Anmaßungen geworden.“ Allerdings sei es eine Tatsache, daß viele Menschen, die der offiziellen Politik folgen, die Folgen dieser Politik nicht wollen. Darin sah Eva Bulling-Schröter eine Chance. „Linke Politik“, führte sie aus, „geht davon aus, daß es immer eine solidarische Lösung gibt und daß man sie mit einander findet. (...) Linke Politik geht von Gleichberechtigung, sozialer Emanzipation und Entwicklung aus. Wir erheben nicht Forderungen, um uns auf Kosten von Nachbarn zu bereichern, sondern um mit einander vorwärts zu kommen. (...) Großdeutsche Ansprüche sind für uns keine Vorteile, nichts, aus dem man was herausholen kann, sondern bloße Gefahren.“

Als Vertreterin der Veranstalter machte Renate Hennecke deutlich, daß es nicht darum geht, „die Sudetendeutschen“ zu verteufeln, sondern darum, CSU und SL entgegenzutreten, die eine Minderheitspolitik in der verhängnisvollen großdeutschen Tradition betreiben, wobei sie den Sudetendeutschen einreden, sie seien Opfer der Tschechen „und nicht wo etwa Opfer des Krieges, der durch Hitler-Deutschland vom Zaun gebrochen wurde“. Hitler und sein fester Beschuß, die Tschechoslowakei zu zerschlagen und zu annexieren, und seine Taktik, dabei die deutsche Minderheit als „fünfte Kolonne“ zu benutzen, würden als Ursache der Umsiedlung ein-

Veranstaltung zum 60. Jahrestag des Münchner Abkommens

Das Münchner Diktat – eine Hypothek, die getilgt werden muß

Vortrag von Prof. Horst Schneider, Dresden

Sehr verehrte Freunde, vor allem aus Tschechien, sehr verehrte Münchner Gastgeber, ich danke Ihnen für die ehrenvolle Einladung, zum Thema „Münchner Vertrag“ zu sprechen, das mich aus persönlichen und beruflichen Gründen – ich war bis 1990 Geschichtslehrer – mein Leben lang beschäftigt hat.

Ich halte es für nötig, am Anfang die Grenzen meines Anliegens zu erklären.

1. Wir sprechen heute über Erfahrungen und Lehren unserer gemeinsamen Geschichte und berücksichtigen, was vor 2000 Jahren schon der Lehrer einer griechischen Philosophenschule, Epiket, wußte; „Nicht die Taten bewegen Menschen, sondern die Worte über die Taten. (...) Nicht die Dinge selbst beunruhigen die Menschen, sondern die Vorstellungen von den Dingen.“¹

2. Weil das Bild über die vergangene Geschichte Politik begründet, zumindest begründen soll, bemühen sich Politiker –

auch mit Hilfe von Historikern – um genehme geschichtliche „Lehren“. Manche gestatten dabei auch „Pluralität“. Unser sächsischer Ministerpräsident, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, der persönlich an der Arbeit der deutsch-tschechischen Kommission teilnimmt, befand am 28. April 1995 an der altehrwürdigen Karls-Universität in Prag: „Objektive Wahrheiten, denen sich alle vorbehaltlos ein- und unterordnen können, gibt es in der menschlichen Erkenntnis nicht.“²

3. Mit dieser These Biedenkopfs wird die Frage aufgeworfen, ob und wie (relative) Wahrheiten auch in der Geschichtswissenschaft gefunden werden können. Manche von uns wissen, daß das eine zentrale Frage im Gedankengebäude von Marx und Engels ist. Im historischen Materialismus gibt es bedenkenswerte Antworten, die uns helfen können, auch die heute zu beantwortenden Fragen besser zu beantworten. – Ich bin Mitglied der Sächsischen Friedensinitiative und versuche, mich an die Regel Bert Brechts zu halten:

„Wem nützt der Satz?
Wem zu nützen gibt er vor?
Zu was fordert er auf?
Welche Praxis entspricht ihm?
Was für Sätze hat er zur Folge?
Was für Sätze stützen ihn?
In welcher Lage wird er gesprochen?
Von wem?“

Was bestimmte der Münchener Vertrag? Worin bestand seine damalige Wirkung und Bedeutung?

Der Münchener Vertrag ist einer der kürzesten und simpelsten unter den vielen Verträgen, die Geschichte machten. Er besteht nur aus acht Punkten und bestimmt, ohne auch nur eine juristische oder politische Begründung zu versuchen, daß die Tschechoslowakei die „sudetendeutschen“ Gebiete abzutreten habe, und legt die Modalitäten fest:

„Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte.“

Die Räumung beginnt am 1. Oktober.

Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebiets bis zum 10. Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und daß die Tschechoslowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, daß die Räumung ohne Beschädigung der be-



Veranstaltung zum 60. Jahrestag des „Münchener Abkommens“ am 18. September in München, Gewerkschaftshaus. Von links: Horst Schneider, Corrinna Poll, Eva Bulling-Schröter, Jirí Mastálka, Vera Picková, Pavel Macháček, Renate Hennecke

fach nicht zur Kenntnis genommen.

Den Mund aufzumachen und die deutsch-tschechischen Beziehungen nicht der SL und der CSU zu überlassen, nannte die Setkání-Vertreterin als Ziel der Initiative. Sie ermunterte die Anwesenden, die gemeinsame Erklärung deutscher und tschechischer Linker zum Münchener Abkommen zu unterzeichnen, weitere Unterschriften dafür zu sammeln und die „Deutsch-Tschechischen Nachrichten“ zu abonnieren, deren erste Ausgabe ebenfalls am 18. September erschienen ist.

Zu den Highlights der Veranstaltung gehörten die Beiträge von Alexander Net-

schajew und Manfred Seewann, die Lieder und Texte von Bertolt Brecht – u.a. aus „Schweik im zweiten Weltkrieg“ – und Jura Soyfer vortrugen.

Leider blieb keine Zeit zur Diskussion über die vorgetragenen Referate oder über die im Rahmen einer Grußadresse eingebrachte Kritik, daß in der Erklärung zum Münchener Abkommen versäumt wurde, darauf hinzuweisen, welche furchtbaren Folgen dieses nicht nur für die politischen Gegner der Nazis und für die jüdische Bevölkerung, sondern auch für die im Grenzgebiet ansässigen Roma hatte. Während des am nächsten

Tag anschließenden Tagesseminars wurde dieses Thema jedoch ausführlich debattiert. Unter anderem wurde beschlossen, die Erklärung in diesem Punkt zu ergänzen. Im Namen der tschechischen Delegation berichtete Jiri Mastálka über die heutige Situation der Roma in Tschechien und über Initiativen und Maßnahmen, durch welche die tschechische Linke bzw. die KSCM versucht, ihrer Diskriminierung entgegenzuwirken und ihre soziale Situation zu verbessern. Außerdem wurden Vorschläge zur weiteren Arbeit von Setkání debattiert. R.H.

•

– „Staatenmord ist im Völkerrecht nicht vorgesehen“

zeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.“³

Und so marschierten Einheiten der deutschen Wehrmacht, begeistert begrüßt von den meisten Deutschen in den Grenzgebieten, in die festgelegten Gebiete der Tschechoslowakei ein. Großdeutschland war damit noch größer geworden. Daß die „Rest-Tschechei“ nicht überlebensfähig war, dürften alle beteiligten Politiker gewußt haben.

Wie erlebte ich die Situation?

Erlauben Sie mir hier einen Einschub, obwohl ich die Oxford-Regel kenne: „you never discuss with a historical source“ – traue dem Zeitzeugen nicht.

Geboren 1927, war ich 1938, zum Zeitpunkt des Münchener Diktats, elf Jahre. Da ich Zeitungen austrug und politisch interessiert war, habe ich die Ereignisse wahrgenommen – und trotzdem ihre Bedeutung nicht verstanden.

Zwei Erlebnisse: Von Görlitz aus, wo ich lebte, war es nicht weit nach Seidenberg. Wenn Görlitzer Schlagsahne – in Deutschland galt „Kanonen statt Butter“ – essen wollten, fuhren sie nach Seidenberg. Das hörte nach dem „Anschluß“ schlagartig auf.

Mit unserem Klassenlehrer machten wir damals Ausflüge ins Tschechische. Erst in den fünfziger Jahren, als ich im Ar-

chiv arbeitete, entdeckte ich, daß diese Ausflüge den Lehrern auch dazu dienten, über tschechische Befestigungsanlagen zu berichten und Kurierdienste zu den Henlein-Faschisten zu leisten. Wir Schüler waren sozusagen die Deckung für diese Aktionen. Kurz: Vieles von dem 1938 Erlebten fand erst viel später seine Erklärung.

Vermutlich gilt das für jeden und auch für die Gegenwart. Kommen wir zum Münchener Diktat zurück.⁴

Warum konnte der Münchener Vertrag nicht „Frieden in unserer Zeit“ bedeuten?

Das Bild ist unauslöschlich: Als Chamberlain aus München nach London zurückgekehrt war, wedelte er beim Aussteigen aus dem Flugzeug mit dem Papier und erklärte: „That is peace in our time.“ Ist mehr Selbstdäuschung für einen Politiker möglich, oder täuschte der Premier seine Landsleute (was ja für manche Politiker tägliches Geschäft ist)? Die Beantwortung dieser Frage erfordert komplexe Überlegungen.

1. Die Ostexpansion war strategisches Ziel deutscher imperialistischer Kreise, wobei die Hitlerregierung ihre Ziele schrittweise zu verwirklichen versuchte und Hitlers Generale (Memorandum von Generaloberst Beck 1938) das Kräfteverhältnis berücksichtigten.

2. Die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei war ein wichtiger Faktor bei der Verwirklichung der deutschen Expansionspolitik. Hitler erklärte am 12. September 1938 auf dem Nürnberger Parteitag vor aller Welt:

„Wenn diese gequälten Wesen (die Sudetendeutschen, H. Sch.) von keiner anderen Seite Hilfe bekommen können, dann erhalten sie Hilfe von uns ... An die Stelle dieser Unterdrückung muß das freie Selbstbestimmungsrecht treten!“⁵

3. Die von Konrad Henlein geführte Sudetendeutsche Partei kooperierte mit der Hitlerpartei und operierte innerhalb der Tschechoslowakei als „fünfte Kolonne“. Die Losung „Heim ins Reich“ fand in den Kommunalwahlen vom Mai 1938 in den Gebieten der Sudetendeutschen etwa 88% der Stimmen. Vor die Wahl gestellt, staatsbürgerliche Loyalität gegenüber ihrem Staat zu beweisen oder sich für die verbrecherische Hitlerpolitik zu entscheiden, fällten sie eine Fehlentscheidung, die sie selber treffen würde.

Mögen die Motive noch so differenziert sein, der Fakt war entscheidend.

4. Am 17. September 1938 verlas Henlein im deutschen Rundfunk eine Erklärung, die Hitler zuvor gebilligt hatte:

Beim „Kampf um die Befreiung der Heimat“ sei das Bemühen der friedliebenden Sudetendeutschen „am unver-

söhnlichen Vernichtungswillen der tschechischen Machthaber gescheitert“. Benes lasse „im vollen Bewußtsein der Folgen bolschewistisch-hussitische Horden in den Uniformen und in Gestalt der haßfüllten tschechischen Soldateska auf das wehrlose Sudetendeutschland los ... Der äußerste Notstand ist gegeben. Wir nehmen das zu allen Zeiten geübte Notrecht der Völker für uns in Anspruch, wenn wir zu den Waffen greifen und das Sudeten-deutsche Freikorps errichten“.

„Freikorps“ sollten mit bewaffneter Gewalt die Tschechoslowakei zerschlagen.⁶

5. Auf diesem Hintergrund agierten britische Politiker als „Friedensvermittler“, wurde die „Befriedungspolitik“ (appeasement) die Dominante der Politik der Westmächte gegenüber Hitlerdeutschland. Höhepunkte der Appeasement-Politik war schließlich das Münchener Diktat zwischen Daladier, Chamberlain, Hitler und Mussolini.

Seit der Unterzeichnung am 29. September 1938 geht der Streit um die Frage, ob das Münchener Diktat von Anfang an (ex tunc) ungültig sei oder nicht.

Prüfen wir die Darstellung in einem Text, der für die politische Bildung der deutschen Schüler gedacht ist:

„Der Münchener Vertrag, diktatorisch, wie er war, bestand aus einer Einigung unter vier Mächten, die seinerzeit glaubten, über die betroffene fünfte, weniger bedeutende, verfügen zu können. Das war leider auch vorher schon oft die Regel im Spiel der Mächtigen, und vielleicht kann man zumindest an diesem Beispiel den Fortschritt ‚Vereineter Nationen‘ im heutigen Weltbild ablesen. Zurück nach München: Auch die drei nichtdeutschen Signatarmächte, England, Frankreich und Italien, verstanden die Rechtslage offenbar ähnlich wie die deutsche Diplomatie. Denn alle drei hatten sich erst im Laufe der Kriegsjahre von ihrem Vertrag mit dem nationalsozialistischen Deutschland ‚distanziert‘, nachdem dieser Vertrag zweifellos mit der deutschen Okkupation der Rest-Tschechoslowakei und mit dem von Deutschland provozierten Krieg seinen Zweck verfehlt hatte. Sie haben zu unterschiedlichen Zeiten während des Kriegs die tschechoslowakische Exilregierung anerkannt und sich für die alten Grenzen des Staates ausgesprochen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Diskussion um die Nachkriegsgestaltung Mitteleuropas, bei der im ersten Halbjahr 1943 die englische Regierung auch die Vertreibungspläne nach ihrem Umfang, nach ihrem vollen Für und Wider erwog. Das heißt ja doch, daß alle diese drei Signatarmächte den Vertrag von München zunächst einmal für gültig betrachtet hatten.“

Dieser Rechtslage könnte man von deutscher Seite noch die verwirrende Erwägung hinzufügen, daß bei einer Annulierung des Münchener Abkommens von Anfang an alle deutschen Rechtshandlungen auf dem abgetretenen Territorium rechtswidrig wären, und bei der Brisanz

juristischer Konsequenzen beträfe das Eheschließungen wie Wehrdienst, Zivilrecht wie Strafrecht - und am Ende eben die Vertreibung auch. Auf der anderen Seite, auf der tschechoslowakischen, stand bei dieser Forderung freilich mehr auf dem Spiel als nur die immer wieder angesprochene Staatskontinuität: Es macht wohl doch einen Unterschied, ob die Vertriebenen von 1945 deutsche Staatsbürger waren, aufgrund des Münchener Abkommens, das auch die Tschechoslowakei von ehedem in seinem Vollzug akzeptiert hatte, oder ob sie desertierte und hochverräterische Tschechoslowaken gewesen sind. Die Konsequenzen darf man wieder der juristischen Phantasie überlassen“.⁸

Der „juristischen Phantasie“? Oder geht es nicht um aktuelle Politik? Und um ökonomische Interessen? Seibts Buch für die politische Bildung ist eine „vollständig überarbeitete Neuausgabe“ von 1993, also lange nach der „samtenen“ Revolution in Prag und dem deutsch-tschechischen Vertrag von 1992.

Wir werden auf die Frage zurückkommen müssen. Reizvoll für mich wäre es, zu prüfen, wie die Regierung der BRD die Erfahrungen des „friedlichen“ Anschlusses bei uns in Deutschland mit Hilfe „juristischer Phantasien“ bewerkstelligt hat.

Selbstverständlich war das Münchener Diktat auch deshalb von Anfang an ungültig, weil die Tschechoslowakei Opfer, nicht Partner eines erpresserischen Diktats war.

Staatenmord ist im Völkerrecht nicht vorgesehen. Darüber wird sicherlich unser Freund aus Prag sprechen. Auch darüber, daß die UdSSR, die KPC, die KPD und viele antifaschistische Gruppierungen den Charakter des Münchener Diktats entlarvt und verurteilt haben. Das ist Tatsache.

Wie standen die beiden deutschen Staaten zum Münchener Diktat?

Die Wirkungen des Münchener Vertrages trafen schließlich jene 1945 besonders hart, die 1938 „heim ins Reich“ wollten und nun von der Umsiedlung - hier sagt man „Vertreibung“ - betroffen wurden. Da meine Frau und ihre Familie (Bauern) und auch ich und meine Angehörigen Umsiedler sind, weiß ich um die Tragik des Geschehens. Das wäre ein neues Thema. Als die beiden deutschen Staaten 1949 entstanden, standen sie auch vor der Frage, wie sie zum Münchener Diktat und seinen Folgen stehen.

Beide deutschen Staaten waren ein Kind des kalten Krieges, wurden und waren Bestandteil der beiden Militärblöcke und setzten entgegengesetzte Traditionen der deutschen Geschichte fort. Die Bundesrepublik berief sich auch offiziell auf die Kontinuität und Identität mit dem Deutschen Reich in den Grenzen von 1937⁹, die DDR berief sich darauf, daß das Deutsche Reich in den Trümmern des zweiten Weltkrieges unwiderruflich untergegangen sei.¹⁰

Die Staatsdoktrin der DDR machte es nötig und möglich, schon am 23.6.1950 das Prager Abkommen abzuschließen, in dem

es u.a. hieß: „Unsere beiden Staaten haben keine Gebiets- oder Grenzansprüche, und ihre Regierungen betonen ausdrücklich, daß die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst ist.“¹¹ Wir wissen: Mit dem Prager Vertrag wurde eine geideiliche, die Freundschaft unserer Völker anstrebende Zusammenarbeit zwischen der DDR und der CSR/ CSSR eingeleitet.

Die DDR hat zu keinem Zeitpunkt ihrer Existenz diesen Standpunkt geändert. Infolgedessen gab es auch keine „Vertriebenen-Organisationen“ auf ihrem Territorium. Natürlich kann diese Politik nachträglich als „erzwungene“ Freundschaft denunziert werden. Dann aber muß die Frage erlaubt sein: Warum erklärte die Adenauer-Regierung nicht „freiwillig“ das Münchener Diktat als ungültig?

Warum trat sie in dieser lebenswichtigen Frage nicht in einen konstruktiven Wettbewerb mit der DDR? Die Antwort muß nicht ich geben. Ich stelle lediglich die Tatsache fest, daß die BRD erst unter Willy Brandt am 11. Dezember 1973 einen Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen mit der CSSR abschloß, in dem das Münchener Diktat verurteilt wurde, aber eine Reihe von Fragen, darunter materielle Ansprüche, ausgeklammert wurden.¹²

Dreizehn Jahre nach der DDR folgte die BRD 1973 unter Willy Brandt mit der Nichtigkeitserklärung des Münchener Diktats (und immer noch nicht ex tunc).

Darf man fragen, wer die „zukunftsgewandte Auseinandersetzung“ verzögert hat und vor allem: Warum? Die Frage nach dem „Warum“ ist auch 1992 noch aktuell.

Warum ist die entscheidende Frage im Hinblick auf den Münchener Vertrag immer noch unbeantwortet?

Wir sind mit dieser Frage bei aktuellen Aspekten unseres Themas. Am 27.2.1992 wurde in Prag der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ von Václav Havel, Helmut Kohl und beiden Außenministern unterzeichnet.¹³

Jeder, der am Frieden und an freundschaftlichen Beziehungen in Europa interessiert ist, darf sich freuen und muß das Anliegen begrüßen. Zugleich lehrt gerade das Münchener Diktat, daß Verträge auch kritisch zu betrachten sind. Immerhin war es der britische Premier Chamberlain, der bei seiner Heimkehr aus München triumphierend erklärte:

„That is peace in our time.“ Ein halbes Jahr später war der Vertrag ein Fetzen Papier. Auch in jüngster Zeit sind viele Verträge zu Makulatur geworden. Das ist eine lange Liste, darunter auch deutsch-deutsche Verträge. In der bundesdeutschen Öffentlichkeit - ab jetzt referiere ich nur noch - gab es auch kritische Stimmen. So kommentierte „Der Spiegel“: „Der Freundschaftsvertrag zwischen Bonn und Prag ist unterschrieben - doch viele Pro-

bleme sind ungelöst.“¹⁴

Als „Probleme“ werden u. a. genannt, daß Kohl bei der Verzögerung der Unterschrift (die Paraphierung war bereits im Oktober 1991 erfolgt) innenpolitische Interessen verfolgte, daß die „schlagkräftige Lobby der Sudetendeutschen“ die „vergangenen Monate zu einem peinlichen Aufrechnen längst abhanden gekommener Rechtsansprüche und Eigentumsvorbehalte“ nutzte. Für Bonn war auch 1992 die ex-tunc-Formel noch nicht akzeptabel, und es ist auch leicht zu verstehen, warum das so ist. Damit kann die Bonner Regierung Rechtsansprüche für Deutsche anmelden, die erst mit dem Münchner Diktat Staatsbürger des Deutschen Reiches wurden. In diesem Punkt ist der Vertrag von 1992 keinen Millimeter über den von 1973 hinausgekommen.

Ich vermute, die Rückübertragung früheren kapitalistischen Eigentums auf dem Boden der DDR hat die Position derjenigen gestärkt, die dasselbe auch in anderen Ländern wollen. Jedenfalls folgerte „Der Spiegel“: „Nun können die Vertriebenen zurück in die alte Heimat und auf die früheren Besitztümer - falls sie die CS-FR-Staatsbürgerschaft annehmen und sich an den Versteigerungen ihres ehemaligen Eigentums beteiligen.“¹⁵

Dieses Thema wurde auch in der Hamburger „Die Zeit“ unter dem Titel „Belasteter Neuanfang“ behandelt.¹⁶

Manche deutschen Zeitungen sagen auch unverhüllter, welche Entwicklung sie wünschen. So schrieb die Rhein-Zeitung vom 8.10.1991: „CSFR bietet gute Chancen für Unternehmer mit Pioniergeist. Niedriges Lohnniveau und qualifizierte Fachkräfte.“

Niemand sollte übersehen, daß parallel zu solchen Diskussionen sich in der Bonner Regierungskoalition die Linie durchgesetzt hat, den völkerrechtswidrigen Einsatz der Bundeswehr auch außerhalb der NATO anzustreben und vorzubereiten. Ob die SPD ein ernsthaftes Hindernis dabei ist, bleibt offen.

Welche Motive und Ziele es bei einigen Prager Politikern gibt, die NATO- und EU-Mitglied werden wollen, wird uns sicherlich unser Prager Gast erklären. Ich möchte lediglich ein geflügeltes Wort verwenden, das ich von Prager Freunden kenne. Nach 1938 hieß es: „Erst kommt der deutsche Tank, dann kommt die Deutsche (Dresdner) Bank.“ Diesmal scheint es umgekehrt zu sein.

Die DDR-Bürger wissen inzwischen, was die Restitution der alten Besitzverhältnisse bedeutet. In einem Dresdner Kabarett entstand das inzwischen geflügelte Wort: Die Einheit Deutschlands ist erst vollendet, wenn der letzte DDR-Bürger aus dem Grundbuch gestrichen ist.

Wie sieht die „Restitutions“frage im Prager Vertrag von 1992 aus?

Wir finden die Antwort am schnellsten, wenn wir die Zusatzbriefe der Außenminister Dienstbier und Genscher lesen, die Bestandteil des Vertrages sind:

„1. Die Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik erklärt, daß die in Artikel 10 erwähnte Perspektive der vollen Eingliederung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in die Europäischen Gemeinschaften in wachsendem Maße die Möglichkeit schaffen wird, daß sich auch Bürger der Bundesrepublik Deutschland in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik niederlassen können.

2. Beide Seiten erklären übereinstimmend: Dieser Vertrag befaßt sich nicht mit Vermögensfragen.“¹⁷

Helmut Kohl erklärte noch im Januar 1997 in Prag: „Die Eigentumsfrage bleibt natürlich offen.“¹⁸ Das ist der Kern der Sache.

Ich betrachte es nicht als meine Aufgabe, diese Artikel im Hinblick auf die wahrscheinlichen Folgen zu interpretieren. Welche wirtschaftliche Katastrophe der Beitritt der DDR zur BRD und damit zur europäischen Gemeinschaft in Ostdeutschland war, kann kaum von jemandem bestritten werden.¹⁹

Ich halte es jedoch für meine Pflicht, auf strategische Überlegungen und politische Auseinandersetzungen in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und in der bundesdeutschen Politik hinzuweisen. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft betrachtet sich nach wie vor als der berufene und befügte Gegenspieler Tschechiens.²⁰ Sie erhält dabei die inoffizielle Unterstützung der BRD-Regierung und den direkten Beistand der bayrischen Regierung, die sich als „Pate“ der Sudetendeutschen betrachtet. Obwohl von Prager Seite - vor allem durch Václav Havel (erstmals am 23.12.1989, als er noch nicht Präsident war) - mehrfach „Entschuldigungen“ wegen des Transfers der Sudetendeutschen ausgesprochen wurden, halten sich die Sudetendeutschen die Option ihrer Maximalforderungen im Hinblick auf die Restitution der Eigentumsverhältnisse offen. Deshalb lehnen sie auch den Prager Vertrag ab. In der Erklärung der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 14.7.1993 heißt es u. a.:

„4. Die Antwort ist klar.

Die sudetendeutsche Volksgruppe und das tschechische Volk werden durch den Vertrag zwischen Bonn und Prag, über den die Geschichte hinweggehen wird, weder verpflichtet noch berechtigt. Beide in Böhmen, Mähren und Schlesien beheimateten Partner sind und bleiben in ihren Entschlüssen zur friedlichen Verwirklichung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes ohne Rücksicht auf den Inhalt irgendwelcher ohne sie abgeschlossener Verträge völlig frei.“²¹

Auf dieser Grundlage verbreitete die Sudetendeutsche Landsmannschaft auf ihrem Pfingsttreffen 1991 ein Flugblatt in tschechischer Sprache „Auch wir sind Kinder dieses Landes“. Die bayrische Staatsregierung gab bei dem international renommierten österreichischen Völ-

kerrechtler Ermacora ein Rechtsgutachten zur sudetendeutschen Frage in Auftrag. Dieses sollte die Vertreibung und Enteignung der Sudetendeutschen von 1945/46 als unverjährbaren „Genozid“, d.h. als Völkermord werten (27.8.1991).²²

Wir alle wissen, daß von Revanchistenverbänden die Forderungen im Wahlkampf verschärft worden sind und wie das nötige und berechtigte Echo aus Warschau und Prag aussieht. Kurios für mich ist, wenn der CSU-Generalsekretär Bernd Protzner in der „Sächsischen Zeitung“ vom 31. August 1998 auch uns im Osten auf den revanchistischen Kurs trimmen will. Auch das noch!

Ich schließe ab: Es dürfte einleuchtend sein, daß zwischen der Außen- und Vertragspolitik und ökonomischen Interessen bestimmter Gruppen ein Zusammenhang besteht, ebenso wie zwischen dem jeweiligen Geschichtsbild und der Politik. Seit Herodot und Tacitus schreiben die Sieger die Geschichte. Trotz allen Pluralismus schreiben die jeweils Herrschenden, wie sie die Fakten werten. Das gilt auch für die München-Problematik.

Eine seiner zahlreichen Regierungserklärungen zu den deutsch-tschechischen Beziehungen, die Bundestagsrede vom 17. März 1995, hatte Außenminister Klaus Kinkel überschrieben: „Geschichte kennt keine Endpunkte.“ (23) Das wird wohl niemand bestreiten. Geschichte tut überhaupt nichts, natürlich kennt sie auch niemanden. Damals wie heute hängt natürlich vieles von der Konstellation auf der Prager Burg und den Kenntnissen und Aktivitäten friedenswilliger Deutscher und Tschechen ab.

Quellen: 1. Enchiridion 5; 2. Redemanuskript Kurt Biedenkopfs, S. 20; 3. Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin 1968, S. 293; 4. Eine Literaturauswahl: Václav Kral: Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-1947, Dokumentensammlung, Praha 1964; Heinz König: Der Weg nach München, Berlin 1958; Werner Röhr: Böhmisch-Sächsischer Herbst 1938, in: Dresdner Hefte Bd. 48, Dresden 1996, S. 66f.; Werner Röhr: September 1938. Diversion und Demagogie bei der Erzeugung einer Kriegspsychose durch den Hitlerfaschismus und seine Fünfte Kolonne in der CSR, in: Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), hg. von Dietrich Eichholz und Kurt Pätzold, Berlin 1989, S. 211-277; 5. zitiert nach Václav Kral, a.a.0., S. 28 6. Dokumente bei Václav Kral, a.a.0., S. 199f.; 7. Texte bei Václav Kral, a.a.0., S. 331; 8. Ferdinand Seibt: Deutschland und die Tschechen, München, Zürich 1993, S. 399/400; 9. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Präambel; 10. Geschichte der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Abriß, Berlin 1968, S. 143f.; 11. Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin 1967, S. 508 12. Für Entspannung und dauerhafte Frieden in Europa. Dokumente, Berlin 1976, S. 125f.; 13. Text des Vertrages im Bulletin der Bundesregierung vom 4. März 1992, S. 233f.; 14. Der Spiegel 1992/10, S. 20; 15. Ebenda, S. 23; 16. Die Zeit, 1992/5, 24.1.1992; 17. Fritz Peter Habel: Die Sudetendeutschen, 2. Auflage, München 1998, S. 164/165; 18. Der Spiegel 1997/5, S. 28; 19. Otto Köhler: Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte, Berlin 1994; 20. Habel, a.a.0., S. 146; 21. Habel, a.a.0., S. 131/132; 22. Habel, a.a.0., S. 156; 23. Das Parlament 1995, Nr. 13-14, S. 7

Die Skandalisierungs- und Kriminalisierungswelle gegenüber Kindern und Jugendlichen brachte in den vergangenen Wochen und Monaten immer neue Sumpfblüten hervor. Nicht nur die vordergründige Thematisierung der in der Tat schrecklichen Tötung eines Ladeninhabers in Hamburg (wir berichteten) ließ die verbalen Amokläufe in Sachen „Schutz der Öffentlichkeit vor der gefährlichen Jugend“ boomen. Das hier dokumentierte „Hamburger Signal für eine ganze andere Kinder- und Jugendpolitik“ versucht, einen Kontrapunkt zu setzen. Der Aufruf wurde vom Martha-Muchow-Treff*, einem durch die drei Professoren Lindenberg, Kunstreich und Langhanky von der Fachhochschule des Rauen Hauses in Hamburg initiierten losen Zusammenschluß verschiedener Menschen, entworfen und wurde in kurzer Zeit von inzwischen von mehreren hundert Menschen, Einrichtungen und Initiativen in Hamburg unterstützt. Weitere Unterschriften für eine bundesweite Veröffentlichung werden gesammelt. **scc**

I. Wir, die unterzeichnenden Frauen und Männer, Verbände und Einrichtungen fordern einen grundlegenden Richtungswechsel in der herrschenden Kinder- und Jugendpolitik.

- Statt die gesamte heutige Kinder- und Jugendgeneration unter dem Vorwand ihres Schutzes und dem heuchlerischen Versprechen der Generalprävention zu kriminalisieren und auszugrenzen;
- statt den Skandal zu verschleiern, daß die heutige Erwachsenenwelt nicht in der Lage ist, der ihr nachfolgenden Generation sinnvolle Lebensperspektiven zu eröffnen;
- statt der aus dieser Sichtweise hergeleiteten Repression durch Strafjustiz und Jugendhilfe

fordern wir:

die tatsächliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in allen gesellschaftlichen Bereichen als eigenständiges Recht zu stärken. Dazu gehört eine Schule, die Spaß macht und die die Vielfalt der Fähigkeiten fördert. Dazu gehören sinnvolle Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Dazu gehört die Entfaltung einer partizipativen Kinder- und Jugendkultur. Hier ist ein weites Feld für solidarisches Teilen einer verantwortungsbewußten Erwachsenengeneration.

II. Dagegen ist in allen Bundesländern eine parteiübergreifende Hysterie mit einem so schlichten wie gemeinsamen Ziel ausgebrochen: die als „gefährlich“ stigmatisierten Kinder und Jugendlichen zu identifizieren, sie „sicher“zustellen, sie umzuerziehen oder, wenn dies nicht gelingt - und es gelingt so gut wie nie - sie auszugrenzen oder zu vertreiben.

So hat etwa in Hamburg der Senat „Leitlinien für die behördenübergreifende Kooperation bei der Bekämpfung der (!) Jugendkriminalität“ beschlossen. Die Zielsetzung nennt zwar auch die „positive Gestaltung der Rahmenbedingungen,

HAMBURGER SIGNAL

Aufstehen – für eine ganz andere Kinder- und Jugendpolitik!

Für Solidarität der Generationen und für demokratische Rechte aller Kinder und Jugendlichen!

unter denen junge Menschen aufwachsen“. Auf den folgenden Seiten findet sich jedoch dazu kein weiteres Wort. Diese handeln einzig und allein von dem zweiten dort genannten Ziel: „Die schnelle und normenverdeutlichende Reaktion im Einzelfall.“ Der Jargon des Papiers erinnert an eine innerstaatliche Feinderkundung. In den pauschalisierten Vermutungen über Umfang und Bekämpfung von (auffälligen) Jugendlichen wird deutlich, daß die Jugend in die stetig größer werdende Reihe der schon länger benannten Feinde - etwa die „jungen Ausländer“ oder die „Drogenabhängigen“ - aufgenommen wird.

III. Die unterzeichnenden Einrichtungen und Einzelpersonen weisen mit Nachdruck darauf hin, daß sich das Leben von Kindern und Jugendlichen nicht in den Rahmen einer Zunahme der Normverletzungen stellen und deuten läßt. Vielmehr erschließt sich ihr Leben aus einer sorgfältigen Betrachtung der für sie schwieriger gewordenen Ausgangsbedingungen. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß der Anteil „ärmer“ Kinder und Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung seit 1985 weitaus stärker angestiegen ist als der Anteil der in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfaßten „Tatverdächtigen“: Der prozentuale Anteil der unter 21jährigen, die etwa in Hamburg von der Sozialhilfe leben, stieg von 1985 bis 1996 um 50 Prozent (von 12 auf 18%).

Gegenüber der Dramatisierung der Jugendkriminalität erfährt die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende strukturelle Bedrohung der Perspektiven von Kindern und Jugendlichen eine vergleichsweise geringe öffentliche Beachtung. Ihnen werden dagegen andere Attribute zugeschrieben: etwa hemmungslose Konsumorientierung, Hedonismus, Drogengebrauch und Drogensucht. Und zunehmend wird ihnen Gewaltbereitschaft und Kriminalität auf ihr Schuld-konto geschlagen. Damit wird deutlich, daß nicht die gesellschaftliche Ausgrenzung immer größerer Teile der Jugend und ihre wachsende Zukunftslosigkeit die politischen Parteien beschäftigt.

Nicht die schwierigen Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen, sondern deren Auffälligkeiten machen besorgt.

Diese repressive, selektive und ausgrenzende Sichtweise darf nicht fachlicher Bestandteil der Jugendhilfe sein. Die daraus abgeleiteten ordnungspolitischen Zumutungen dürfen nicht zum Bezugsrahmen für die Jugendhilfe werden. Für sie ist weiterhin entscheidend, das Verhalten von Kindern und Jugendlichen auch in sozialen Grenzbereichen verstehen zu wollen und verstehen zu lernen. Dies funktioniert nicht durch den Blick auf Abweichung, Delinquenz und Kriminalität, sondern nur in dem Bezugsrahmen der Problemlösungen und der notwendigen Selbstbehauptung der Kinder und Jugendlichen. Die Delinquenz kann nicht im Mittelpunkt der Intervention der Jugendhilfe stehen. Sie darf nicht die als Eigenschaft der Person verdinglicht werden.

Dazu muß Jugendhilfe weiter den von ihr eingeschlagenen Weg gehen, die versäumten Angebote zu überwinden. Damit sind vor allem die Maßnahmen gemeint, die dadurch gekennzeichnet sind, starr um die Intensität der diagnostizierten Probleme gruppiert zu werden, und die darüber hinaus mit dem Anspruch ausgestattet sind, auch für die „Schwierigsten“ noch eine spezialisierte pädagogisch-therapeutische Institution bereitzuhalten. Dies verfestigt allzu häufig das, was zu heilen erhofft wird, und führt in der Konsequenz zu dem Ruf nach geschlossener Unterbringung. Es erleichtert zudem die Delegation von Problemen und damit den immer neu wiederholten Abbruch von Beziehungen.

Gegen diese Gefahr der ausgrenzenden Spezialisierung hilft nur ein Jugendhilfeangebot, das sich an den lebensweltlichen Interessen der Kinder und Jugendlichen orientiert, diese in ihren sozialräumlichen Bezügen aufnimmt und Perspektiven einer aktiven Zukunftsgestaltung unterstützt.

*Martha Muchow war die wissenschaftliche Assistentin des im Mai 1933 durch die Faschisten vertriebenen Psychologieprofessors William Stern (Universität Hamburg). Martha Muchow, ebenfalls ihres Arbeitsplatzes an der Universität entzogen, nahm sich im August 1933 das Leben. Großen Respekt und wissenschaftliche Beachtung hat sie sich bis heute insbesondere durch die erst 1935 erschienene Arbeit „Der Lebensraum des Großstadtkindes“ erworben – einer immer noch faszinierenden Studie über die Aneignung des städtischen Alltagslebens durch Kinder in Hamburg-Barmbek. Die Studie ist – lange vergriffen – erst in diesem Jahr im Juventa-Verlag wieder aufgelegt worden.

Adresse für weitere Informationen bzw. Unterstützungsunterschriften

„Martha-Muchow-Treff“
Lindenberg / Kunstreich / Langhanky
c/o Fachhochschule des Rauen Hauses
Horner Weg 170
2211 Hamburg

Mit neoliberaler Nationalökonomie vorwärts in die Pleite

Fast 30 Jahre ist es jetzt her, da eröffnete die „neoliberalen“ oder „angebotsorientierten Schule“ in der Nationalökonomie in den USA und kurz darauf auch in Japan und Westeuropa den Angriff auf die bis dahin vorherrschende „keynesianische“ Nationalökonomie. Ihr Angriff auf den „Wohlfahrtsstaat“, gegen „soziale Hängematten“, gegen „immer mehr Staat“, für Deregulierung und Lohnsenkung, für Abbau der Sozialversicherungen, gegen unnütze staatliche „Nachfrageprogramme“ deckte sich mit den Absichten und Taten der bürgerlichen Rechten in anderen Sektoren der imperialistischen Gesellschaften. Vor allem mit den Absichten der großen Konzerne auf den Weltmärkten. Statt sich weiter von einer kritischen „Dependencia“-Theorie für die Ausplündierung der Dritten Welt anklagen zu lassen und womöglich einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“ zuzustimmen, die dem abhängigen Süden ein Recht auf eigene Entwicklung eingeräumt hätte, verlangten diese Konzerne die Ausdehnung des Freihandels, Schluß mit Nationalisierungen und angeblich „konfiskatorischer“ Besteuerung ihrer Gewinne, Abschaffung von sozialen Standards, Streikverbot und dergleichen mehr. Wirtschaftsaufbau wie im Chile Pinochets, in Hongkong, in Taiwan und anderen Diktaturen in Südostasien, war die Devise.

Die Vertreter dieser neuen „Schule“, von Konzernen und anderen Reichen vehement gefördert, hatten sich bald wichtige Posten in den ideologischen Apparaten gesichert.

Wer zum Beispiel Anfang der 70er Jahre das Kieler Institut für Weltwirtschaft kannte und das dortige Personal, das unter den Fittichen von Instituts-Chef Prof. Giersch herangezogen worden war, konnte in den Folgejahren verfolgen, wohin die Bannerträger der neuen Schule aufstiegen: der eine zum Chefvolkswirt bei der Deutschen Bank, der zweite zum Chef des Wirtschaftsinstituts des Bundesverbands der Deutschen Industrie, der dritte zum Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung im Kanzleramt, der vierte zum Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung im Bundeswirtschaftsministerium, der fünfte durfte sich im Kampf gegen die OPEC bewähren, der sechste die Europäische Währungsunion vorbereiten helfen.

Der „Erfolg“ schien der neuen Schule recht zu geben. Zwar ging es in Chile ausgesprochen blutig zu – aber die „Tigerstaaten“ im Fernen Osten wuchsen auch nach der US-Niederlage in Vietnam wirtschaftlich scheinbar unaufhaltsam weiter, die OPEC wurde geschlagen, die „neue Weltwirtschaftsordnung“ abgewehrt. Anfang der 80er Jahre nahmen zuerst Thatcher in Großbritannien, dann

Reagan in den USA und dann in der BRD die Regierung Kohl/Genscher die direkte Konfrontation mit den Gewerkschaften auf, schlugen die Bergarbeiter und Stahlarbeitergewerkschaften in England, in den USA die Fluglotsengewerkschaft, bauten soziale Versicherungen ab, zerstörten Kündigungsschutz und Mindestlöhne, schüchterten die Staaten des Südens notfalls mit direkter militärischer Intervention ein (Grenada, Falkland) und brachten durch immer neue Steuersenkungen, den Abbau staatlicher Kontrollen, vor allem aber durch rabiate Freihandelspolitik die weltweiten Geschäfte der großen imperialistischen Konzerne immer weiter zum Blühen. Vollendet schien der Triumph des Neoliberalismus und der Angebotsschule dann mit dem Zusammenbruch des RGW und der Öffnung Chinas für die imperialistischen Konzerne unter Deng Xiaoping. Die imperialistischen Konzerne des Westens und ihre „internationale Arbeitsteilung“ hatten über die Feinde im Osten und im Süden gleichermaßen gesiegt.

Und jetzt?

Kohls „blühende Landschaften“ im Osten - Fehlanzeige. Jelzins „marktwirtschaftliche Befreiung“ in Rußland - Staatsbankrott. Die „Tigerstaaten“ in Südostasien - pleite. Japan, beim Antritt Kohls noch von Lambsdorff als „japanische Gefahr“ gegen die Gewerkschaften ins Feld geführt – steckt mitten in einer klassischen Überproduktionskrise – Überproduktion von Kapital, Gründe, Ablauf und Folgen nachzulesen bei Karl Marx. Am 29. September meldete die Presse die bisher größte „Mega-Pleite“ in Japan nach 1945. Eine Bank mit 30 Milliarden DM Schulden, zweitgrößte Leasing-Gesellschaft außerhalb des Banksektors, ist im Eimer.

Und die internationalen Finanzmärkte, seit wenigen Jahren von störenden „Fesseln“ wie einer Börsenumsatzsteuer und anderen Kontrollen „befreit“, schlittern von einem Chaos in das nächste.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf meldet in ihrem jüngsten Jahresbericht, allein die Südostasienpleite habe weltweit 10 Millionen Menschen den Job gekostet. Niemals zuvor hat das Amt in Genf weltweit so viele Arbeitslose registriert, ein „historischer Negativrekord“, so das ILO (siehe auch Seite 11).

Ein US-Fond mit zwei ganz besonderen „Experten“

So ganz nebenbei hat die Krise des Neoliberalismus und der neoliberalen Weltwirtschaft jetzt auch zwei ihrer international bekannten Propagandisten erwischt. Der US-Fonds „Long Term Capital Management“ (LTCM) ist in einer schweren Krise. Mit gerade 5 Milliarden Dollar

eigenen Mitteln hatte der Fonds – ein sogenannter „Hedge-Fonds“, zu dem nur sehr reiche Privatleute oder große Firmen zugelassen sind – weltweit über 145 Milliarden Dollar in riskanten Geldmarktgeschäften angelegt – insbesondere in Rußland, in Südostasien und in Südamerika. Und da die Krisen in Südostasien inzwischen auch die Börsen in Südamerika in den Keller gerissen hat und aus Rußland gar kein Geld mehr in nächster Zeit zu erwarten ist, ist der Fonds, der in den Vorjahren enorme Renditen abwarf, nun in eine ebenso enorme „Schieflage“ geraten.

Allein im August verlor er durch die Rußlandkrise 40 Milliarden Dollar – nicht bares Geld, aber Zahlungseingänge, mit denen anderswo aufgenommene Kredite zurückgezahlt werden sollten. Damit diese Finanzierungskette nicht vollends reißt – dann hätten Verluste von bis zu 100 Milliarden Dollar gedroht, heißt es in der Presse – mußten große Banken einspringen. Unter Anleitung der New Yorker Zentralbank, die das Unglück als erste erfuhr, sprangen weltweit 14 Großbanken mit Milliardenkrediten ein – vorneweg die Schweizer Großbanken UBS und Credit Suisse, aber auch Deutsche Bank und Dresdner Bank. In den USA waren so bekannte Banken wie die Travellers Group, J.P. Morgan und Goldman Sachs beteiligt. Alle zusammen mußten blitzschnell 3,5 Milliarden Dollar zuschießen, um größeres Unglück zu vermeiden.

Im Vorstand dieses US-Fonds – und das bringt uns wieder zu unseren Freunden von der „neoliberalen“ Schule – saßen gleich zwei Nobelpreisträger für Nationalökonomie der letzten Jahre: Robert Merton und Myron Scholes. Beide sind, so das „Handelsblatt“ am 28.9., „Klassiker der akademischen Finanzierungslehre“. Weiter heißt es dort:

„Die mathematische Methode von Scholes zur Ermittlung eines fairen Optionspreises wurde erst im vergangenen Jahr mit dem Nobelpreis gewürdigt.“ Der beinahe pleitegegangene Fonds soll sich vor allem „auf die komplexen Statistikmodelle der beiden Nobelpreisträger gestützt haben“.

Am 29. September berichtete die „Berliner Zeitung“, ein weiterer „Hedge Fonds“, diesmal mit Sitz in London, habe ebenfalls Schwierigkeiten angemeldet.

Welche neoliberalen Fachleute in dessen Vorstand agierten, ist noch nicht bekannt. Aber die Strahlkraft neoliberalen Weltwirtschafts durfte auch durch diese Krise nicht gewinnen – nicht einmal in den imperialistischen Metropolen, die sich bisher immer sicher auf der Sonnenseite der Weltwirtschaft wöhnten.

rül



Hunno Hochberger, Emil Hruška: *Der deutsche Hegemonialanspruch: Gefahr für Mitteleuropa. Thesen zur Entwicklung der (sudeten-)deutsch-tschechischen Beziehungen. Ein historisches Lesebuch*. Bezug über: GNN Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Telefon: 03204/65711, Fax: 03204/65893 oder über jede Buchhandlung: ISBN-Nr. 3-9805441-2-5 256 Seiten, Format 16x23,5 cm, 28 DM

23. Oktober: Einhei(z) markt der PDS in Berlin

16. – 18. Oktober: 17. Bundeskongress der Jungen Liberalen (Julis) in Berlin

GEÄNDERT: 17./18. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

11. Oktober: a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

16. Oktober: Bundeskongress der Jungen Liberalen in Berlin

23. – 25. Oktober: 11. o. Bundesversammlung von B90/Die Grünen in Bonn

30. Oktober: Tag der Erwerbslosen (Weltspartag), bundesweite Aktionen der Arbeitslosengruppen. Vorschläge der Initiativen zu Motto und Themen: „Arbeitslos und Niedriglohn sind das Sparschwein des Patrons“ – „Der Euro macht die Banken reich, soziale Schranken bleiben gleich!“ – „Wir lassen uns nicht zur Sau machen!“ (mit echter Sau oder Sparschwein) – „Ob Euro oder deutsche Mark, das macht den Arbeitsmarkt nicht stark“

3. – 22. November: Friedenswochen, Veranstaltungen der Friedensinitiativen

3. November: Wahlen zum US-Kongress

7. November: 80 Jahre Räterevolution 1918–1998, Veranstaltungen und Aktionen

9. November: Gedenken an die Reichspogromnacht, Mahnwachen und Veranstaltungen

9. – 13. November: Gewerkschaftstag der NGG in Hamburg

11. – 16. November: 3. Tagung der 9. Synode der EKG

27. – 29. November: JU-Deutschlandtag in Weiden

Aus dem Geleitwort von Eva Bulling-Schröter (MdB, PDS): Die genaue Kenntnis der politischen und rechtlichen Traditionen des Staates ist Herrschaftswissen. Besonders in Fragen des Völkerrechts reicht das Gefühl für Recht und Unrecht, wie es aus der persönlichen Lebenserfahrung entsteht, zur Beurteilung der Sache oft nicht aus. Der Verlockung des Hitlerfaschismus widerstanden unter den Sudetendeutschen nur wenige, politisch gebildete, in der Kritik von Herrschaftswissen erfahrene Menschen, die wußten, was die Nazis beabsichtigten und die Folgen ahnten. Die überwältigend große Masse täuschte sich über das Verbrechen, in das sie hineingerissen wurde und zeigte sich – oft bis zum heutigen Tag – wegen der Folgen überrascht. Das vorgelegte Buch holt Herrschaftswissen aus den Archiven heraus und stellt politische Zusammenhänge dar, die in den heutigen deutsch-tschechischen Beziehungen bestehen. Ziel ist, in der öffentlichen Meinung die Kritik an großdeutschen und völkischen Traditionen zu fördern und die Dringlichkeit politischer Schritte zur Auflösung dieser Traditionen klarer zu machen.

29. – 30. November: 11. Parteitag der CDU in Bonn

5./6. Dezember 98: 4. Kasseler Friedensforum. Bundesweiter Ratschlag der Friedensbewegung

8. Dezember: SPD-Bundesdelegiertenkonferenz (Aufstellung Liste Europawahl) in Saarbrücken

11./12. Dezember: EU-Beschäftigungsgipfel in Wien – Europaweite Euromarsch-Aktivitäten dagegen

16./17. Januar 1999: 6. Bundesparteitag der PDS in Berlin, Neuwahl des Vorstands

23./24. Januar 1999: Europäische Konferenz der Euromarschinitiativen gegen Erwerbslosigkeit in Köln

7. Februar 1999: Landtagswahl Hessen

9. Februar 1999: 100 Tage Prüf-Plakette bundesweite Aktionen der Arbeitslosengruppen zur Bewertung der Taten der Bundesregierung

6./7. März 1999: Bundesparteitag der PDS in Suhl (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

13./14. März 1999: Frühjahrskonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

4./5. Juni 1999: EU-Rat in Köln. Die Bundesregierung führt dort den Vorsitz. Aktionen der Euromarschbewegung.

18./20. Juni 1999: Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Ein bundesweites Bündnis bereitet Protestaktionen vor.

13. Juni 1999: Europawahlen

ADRESSE AUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43 18 88 20, Fax: 040/43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart